

Schriftenreihe des Landtages Brandenburg Heft 2/2020

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke und Aussprache

1. April 2020



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G



Inhalt

05

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke

13

**Andreas Kalbitz
(AfD)**

19

**Erik Stohn
(SPD)**

25

**Sebastian
Walter
(DIE LINKE)**

33

**Dr. Jan
Redmann
(CDU)**

39

**Péter Vida
(BVB / FREIE
WÄHLER)**

45

**Petra Budke
(B90/GRÜNE)**

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke



Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kampf gegen das Coronavirus fordert uns alle heraus. Er fordert uns als Gemeinschaft heraus, jeden Einzelnen von uns.

Anders als bei allen anderen Krisen, beispielsweise der Finanzkrise oder bei Naturkatastrophen, sind diesmal alle Bereiche und alle Regionen betroffen. Es ist die ganze Welt betroffen. Der Schutz von Gesundheit und Leben hat in diesen Tagen absoluten Vorrang. Dies bringt spürbare Einschränkungen für alle Bereiche mit sich. Das öffentliche Leben, auch bei uns im Land Brandenburg, steht quasi still. Es scheint zum Teil, als wäre die Pausetaste gedrückt.

Eine vergleichbare Situation hat es in der Geschichte unseres Landes noch nie gegeben. Ich kann gut verstehen, wie sich viele Menschen jetzt fühlen: Sie fürchten um die eigene Gesundheit. Sie fürchten um die Gesundheit ihrer Kinder oder die ihrer Eltern. Sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz, und sie fragen sich: Wie lange wird dies dauern? Wann ist endlich wieder ein normales Leben möglich?

Die Verunsicherung und die Besorgnis sind bei vielen Menschen groß. Deshalb brauchen wir jetzt mehr denn je Zusammenhalt, um diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen zu können.

Wie groß unsere Aufgabe ist, können wir im Moment bestenfalls schätzen. Fest steht aber eines: Panik ist ein schlechter Ratgeber – in der Krise genauso wie in jeder anderen Situation. Deshalb brauchen wir Energie, kluge Entscheidungen und vor allem eine klare Linie. Wir brauchen Entschlossenheit und Besonnenheit. Wir werden alles dafür tun, um die beispiellose Aufbauleistung der Brandenburgerinnen und Brandenburger der letzten 30 Jahre zu bewahren.

Es gibt viele gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass wir gemeinsam Lösungen dafür finden werden. Weltweit wird mit Hochdruck daran gearbeitet, Behandlungsmethoden und Impfstoffe zu finden. Unsere Gesellschaft rückt in dieser schwierigen Zeit noch enger zusammen, auch wenn wir physisch Abstand halten müssen. Außerdem haben wir

nach wie vor eine starke Wirtschaft bei uns im Land Brandenburg.

Jetzt geht es für uns um konkrete Aufgaben. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, Leben zu retten. Auf den Intensivstationen in den Kliniken des Landes wird um jedes Menschenleben gekämpft. Inzwischen – Stand heute Morgen – müssen 20 Patienten in Brandenburg wegen Covid-19 künstlich beatmet werden.

Wir tun alles dafür, dass so wenig Menschen wie möglich überhaupt in diese Lage kommen. Deshalb haben wir die umfangreichen Maßnahmen zur Beschränkung von Kontakten in Kraft gesetzt und diese Maßnahmen gestern im Kabinett bis zum 19. April verlängert. Nur so können wir die Zahl der Neuinfektionen abflachen.

Die Botschaft sollte mittlerweile bei jedem und jeder angekommen sein: Abstand halten heißt Leben retten. Auch wenn die Einschränkungen groß sind, bin ich froh, dass sich die allermeisten Brandenburgerinnen und Brandenburger an die Regeln gehalten und ihr eigenes Verhalten darauf abgestimmt haben.

Eines möchte ich an dieser Stelle den wenigen Ignoranten doch noch sagen, die meinen, dass für sie diese Regeln nicht gelten müssten: Sie gefährden Menschenleben – und zwar nicht nur Ihr eigenes, sondern auch das Leben von anderen! Das geht gar nicht!

Auch deshalb hat das Kabinett gestern einen Bußgeldkatalog verabschiedet. Kurz und knapp: Wer sich wiederholt nicht an die Regeln hält, zahlt bis zu 25 000 Euro. Und wer andere sogar vorsätzlich gefährdet, begeht eine Straftat und riskiert damit eine Freiheitsstrafe.

Wer unterwegs sein muss, hält Abstand. So muss es leider in diesen Wochen sein. So schützen wir uns und unser Gesundheitssystem vor einer noch größeren Belastungsprobe.

Die Infektionszahlen steigen leider weiterhin. Aktuell gibt es in Brandenburg 979 gemeldete Infektionen; 84 Patienten werden in Krankenhäusern behandelt. Ich wünsche an dieser Stelle allen Betroffenen eine schnelle Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Den Angehörigen der Verstorbenen gilt unsere ganze Anteilnahme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt aber auch Hoffnung: Die Infektionszahlen vervielfachen sich nicht mehr so schnell wie noch vor wenigen Tagen und erst recht nicht so schnell wie vor wenigen Wochen. Die Verzögerung der Ausbreitung des Virus verschafft uns Zeit – Zeit, die wir in Brandenburg, in ganz Deutschland brauchen, um zusätzliche Kapazitäten in den Krankenhäusern, bei Intensivbetten und Beatmungsplätzen aufzubauen. Der Bund hat die Krankenhausfinanzierung dafür aufgestockt, und auch wir werden unseren Beitrag leisten und zusätzlich Geld für unsere Krankenhäuser zur Verfügung stellen.

In unseren Kliniken und Krankenhäusern wird unter enorm hohem Druck sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger kämpfen dort unermüdlich gegen die Krankheit, helfen den Betroffenen. Sie sind bei Weitem nicht die Einzigen, die gerade Besonderes leisten, aber sie sind dort im Einsatz, wo es wirklich um Leben

und Tod geht, und das mit einem hohen persönlichen Risiko. Dieser Einsatz beeindruckt und berührt mich zutiefst. Davor habe ich den größten Respekt. Ich möchte mich hier noch einmal im Namen aller Brandenburgerinnen und Brandenburger dafür bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere zweite wichtige Aufgabe ist es, um jedes Unternehmen und damit um jeden einzelnen Arbeitsplatz zu kämpfen und die Auswirkungen dieser Krise auch sozial abzufedern. Die Bundesagentur für Arbeit geht in ihrem gestrigen Bericht davon aus, dass es eine tiefe Delle im Wirtschaftswachstum und damit verbunden auch auf dem Arbeitsmarkt geben wird. Gerade deshalb muss unser gemeinsames Ziel lauten: Nach Corona sollen so viele Menschen wie möglich auf ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren können. Das gilt für Facharbeiter in der Industrie ebenso wie für Solo-Selbstständige, Künstler oder Menschen, die in der Touristikbranche arbeiten. Ich kann nicht versprechen, dass wir wirklich jeden Arbeitsplatz erhalten können; aber ich verspreche, dass ich zusammen mit dieser Regierung um jeden Arbeitsplatz, jede wirtschaftliche Existenz kämpfen werde.

Dafür haben wir bereits viel auf den Weg gebracht. Mit der heutigen Befassung zum Nachtragshaushalt spannen wir einen Rettungsschirm im Umfang von 2 Milliarden Euro für Brandenburg auf. Das ist sehr viel Geld für unser Land, aber ich bin fest davon überzeugt: Wir werden es dringend brauchen. Ich bitte

deshalb schon jetzt um Ihre Zustimmung; denn beim Schutz von Gesundheit und Leben der Menschen in Brandenburg und beim Schutz von Arbeitsplätzen darf Geld in dieser Zeit keine Rolle spielen.

Auch der Bund hat ein Paket in der Größe von 156 Milliarden Euro verabschiedet. Dafür bin ich sehr dankbar! Diesen Prozess haben die Bundesländer konstruktiv begleitet.

Wir wollen und wir müssen schnelle Hilfe leisten! Nur schnelle Hilfe ist in dieser Situation wirksame Hilfe. Steuern und Sozialabgaben können gestundet und später gezahlt werden. Die Unternehmen können leichter Kurzarbeitergeld beantragen. Wir alle haben ein großes Interesse daran, Fachkräfte für die Wirtschaft in unserer Region zu halten.

Für kleine und mittlere Unternehmen und sogenannte Solo-Selbstständige haben wir ein Sofortprogramm auf die Beine gestellt, auch das mit großer Unterstützung vom Bund. Das Programm ist bereits in der letzten Woche gestartet. Bis gestern Abend sind bei der Investitionsbank Brandenburg rund 49 000 Anträge eingegangen. Etwa 25 Millionen Euro sind bereits ausgezahlt worden. Das ist in der Geschichte der Investitions- und Landesbank einmalig. Ich möchte an dieser Stelle auch jenen danken, die dort unter Hochdruck arbeiten und unserer Wirtschaft helfen.

(Allgemeiner Beifall)

Eine eigene Förderrichtlinie für Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei wird in den nächsten Tagen an den Start gehen. Auch die Arbeitsplätze in den sozialen Einrichtungen in unserem Land

wollen wir sichern. Wir werden unsere bisher laufenden Zuschüsse und Zuwendungen weiterzahlen, auch wenn die Leistungen nicht wie bisher in Anspruch genommen werden können, zum Beispiel bei der Kindertagesbetreuung.

Wir haben dafür gesorgt, dass Eltern, deren Kinder jetzt nicht betreut werden können, eine Lohnfortzahlung erhalten und von den Elternbeiträgen freigestellt werden. Wir unterstützen polnische Arbeitspendler, damit sie weiter in unseren Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, in der Logistik oder auch in der Landwirtschaft arbeiten können. Wir müssen jetzt entschlossen und mit großen Schritten alles tun, um die Wirtschaft in Brandenburg zu stabilisieren. Wir müssen jetzt entschlossen alles tun, um unser Land zu schützen.

Für die Landesregierung ist entscheidend, dass wir das Virus jetzt erfolgreich bekämpfen. Ebenso entscheidend ist jedoch, wie es nach Corona in der Brandenburger Wirtschaft weitergeht. Meine sehr verehrten Damen und Herren: Es muss gut weitergehen. Dafür ist unser Rettungsschirm die Basis. Ich will nie wieder einen Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen erleben wie Anfang der 90er-Jahre.

Brandenburg kann und wird – davon bin ich überzeugt – nach wie vor eine Gewinnerregion dieses Jahrzehnts werden. An diesem Ziel halten wir fest. Dafür schaffen wir mit unseren Entscheidungen jetzt die Voraussetzungen, auch hier und heute bei uns im Landtag.

Damit dies gelingen kann – das ist keine neue Erkenntnis –, brauchen wir eine reibungslose Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Ich möchte mich zunächst

ganz herzlich bei den Landrätinnen und Landräten sowie bei den Oberbürgermeistern unseres Landes bedanken. Dass der Draht von der Landesregierung zur kommunalen Familie gut funktioniert, ist in solchen Krisensituationen ganz besonders wichtig.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir uns aufeinander verlassen können. Das gilt im Übrigen ganz genauso für die Ordnungsbehörden und die Gesundheitsämter, also jene Behörden, die momentan überall im Land unter besonderem Druck stehen. Dort wird jetzt Schwerstarbeit geleistet – nicht nur jetzt, aber in dieser Zeit ganz besonders.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern will ich hervorheben. Der deutsche Föderalismus – auch das ist eine Erkenntnis in dieser Krise – funktioniert. Natürlich gibt es dabei regionale Unterschiede; aber in den wesentlichen Punkten ist einheitliches Handeln das Gebot der Stunde. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit in dieser Krise den richtigen Weg gewählt haben.

Zu diesem Weg gehört für uns in Brandenburg auch die Kooperation mit unserem Partner und Nachbarn Berlin. Wir sind nicht nur eine gemeinsame Region, sondern wir sind auch eine gemeinsame Gesundheitsregion. Wer jetzt Grenzen dichtmachen will, vergisst, dass Berlin eine hervorragende Gesundheitsversorgung bietet – eine Gesundheitsversorgung, die im Übrigen schon vielen Brandenburgern in den letzten Jahrzehnten geholfen hat. Diese Hilfe wird auch in Zukunft weiter dringend nötig sein.

Wer die Grenzen dichtmachen will, der vergisst auch, dass täglich Zehntau-

sende Pendler zwischen beiden Ländern unterwegs sind und dass die Versorgung beider Länder sehr stark voneinander abhängt. Auch deshalb halte ich nichts von geschlossenen Kreisgrenzen. Unsere Eindämmungsverordnung gibt ausreichend Handhabe zur Beschränkung von Kontakten. Es kommt jetzt darauf an, die Vorgaben umzusetzen. Deshalb ein klarer Hinweis an alle: Es ist jetzt nicht die Zeit für Ausflüge. Bleiben Sie möglichst zu Hause, in Ihrem direkten Umfeld!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln war und ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet, auch wenn vorübergehend leere Regale manchmal einen anderen Eindruck vermittelten. Eines möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Wer so hamstert, wie man das teilweise erleben musste, und nur an sich denkt, der handelt zutiefst unsolidarisch und asozial.

Unverzichtbar ist die Schutzausrüstung für Krankenhäuser, Arztpraxen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst und für Pflegeheime. Seit dem letzten Wochenende laufen die zentralen Beschaffungen durch den Bund etwas besser; aber es gibt noch immer erhebliche Engpässe, die sicher auch in der weltweiten Nachfrage begründet liegen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, unsere Krankenhäuser und Arztpraxen mit den notwendigen Schutzausrüstungen zu versorgen. Das ist eine der Hauptaufgaben, der sich die Landesregierung momentan stellt.

Ich bin aber auch sehr dankbar, dass wir in diesen schwierigen Zeiten ein Zeichen europäischer Solidarität senden können. Italien ist momentan das weltweit am härtesten betroffene Land. Das

Ernst-von-Bergmann-Klinikum in Potsdam und das Carl-Thiem-Klinikum in Cottbus haben sich bereit erklärt, Patienten aus Italien aufzunehmen. Auch viele andere Kliniken in Deutschland sind bei dieser Aktion dabei. Wir zeigen damit: Europa steht auch in dieser schweren Zeit zusammen. Wir bekämpfen das Virus gemeinsam und wir retten gemeinsam Menschenleben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines fällt dieser Tage besonders ins Auge: der beispiellose Zusammenhalt in unserem Land Brandenburg. Auch wenn es wie ein Widerspruch klingen mag: Die Menschen gehen auf Distanz und nähern sich zugleich einander an. Sie sind sich vielleicht sogar näher als zuvor. Sie vergewissern sich über Telefon, Internet oder von Fenstern und Balkonen, wie es ihren Nachbarn geht. Sie zeigen mit Plakaten, Gesten oder Musik ihre Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die gerade besonders belastet sind.

Das gilt für das gesamte Personal in den medizinischen Einrichtungen. Das gilt für die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Lkw-Fahrer und die Zeitungszusteller. Das gilt für diejenigen, die die Kinder der Eltern betreuen, die in der kritischen Infrastruktur arbeiten. Das gilt für diejenigen, die unseren öffentlichen Nahverkehr am Laufen halten. Das gilt für die Polizistinnen und Polizisten, die Handwerker und alle anderen, die dafür sorgen, dass unser Land auch in dieser schwierigen Situation weiterhin funktioniert. Sie alle sind die Heldinnen und Helden unserer Zeit. Danke!

(Allgemeiner Beifall)

Überall gibt es Beispiele der Solidarität: Das sind junge Menschen, die für die Älteren die Dinge des Alltags einkaufen oder auch den Hund ausführen. Das sind die Enkel, die mit ihren Großeltern per Video-Chat Kontakt halten, weil Besuche derzeit gefährlich sind. Das sind auch Hotelbesitzer, die ihre Zimmer kostenfrei an medizinisches Personal vergeben, und viele andere mehr.

Viele vernetzen sich, um sich gegenseitig zu unterstützen. Das Internet steht oft im Mittelpunkt dieser Initiativen. Menschen kommen in schwierigen Zeiten zusammen und helfen einander. Wir alle müssen dazu beitragen, uns diesen positiven Aspekt der Solidarität auch über das Ende der Bedrohung hinaus zu erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand konnte erwarten, dass uns zu Beginn dieser Legislaturperiode die schwerste Bewährungsprobe in der Geschichte unseres Landes bevorstehen würde. Besonders meinen Stellvertretern – Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher und Innenminister Michael Stübgen –, aber auch allen anderen Ministerinnen und Ministern danke ich herzlich für die gute und enge Zusammenarbeit in dieser schwierigen Zeit. Ich bin sehr froh, dass wir uns voll und ganz aufeinander verlassen können.

Aber diese Leistung wäre nicht möglich ohne die vielen engagierten Beschäftigten in den Ressorts der Landesregierung, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, die den Laden im wahrsten Sinne des Wortes am Laufen halten. Der interministerielle Stab zur Koordinierung der Krise arbeitet erfolgreich mit den Stä-

ben zusammen, die auf der kreislichen und kommunalen Ebene gebildet wurden. Auch ihnen danke ich herzlich.

Mein Dank gilt auch Ihnen, den Abgeordneten, die Sie im Moment unter erschwerten Bedingungen und gleichzeitig hohem Zeitdruck arbeiten und doch schnell und entschlossen handeln.

Ich bin überzeugt, dass viele unserer Maßnahmen Wirkung zeigen werden. Aber wir sind nicht am Ende dieser Krise, sie hat leider erst begonnen. Und wir erleben täglich: Was gestern noch galt, kann heute schon wieder anders sein. – Deshalb bitte ich die Menschen überall im Land weiter darum, ihre Verantwortung so besonnen und ruhig wie bisher wahrzunehmen: eben echt brandenburgisch.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, informieren Sie sich in den Medien über den aktuellen Stand! Die Journalistinnen und Journalisten berichten gerade in den Regionen verantwortungsvoll und informativ – auch dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Wir in der Landesregierung haben ein umfangreiches Informationsangebot erstellt, vom zentralen Corona-Portal über das Bürgertelefon bis zum Podcast.

Aufeinander achtzugeben ist in dieser Zeit besonders wichtig. Jeder und jede von uns trägt nicht nur für sich Verantwortung, sondern auch für Freunde, Verwandte und Nachbarn. Es liegt an uns allen, die Ausbreitung des Virus weiter zu verlangsamen und damit Leben zu retten.

Der Kampf gegen das Coronavirus fordert uns als Gemeinschaft heraus. Es

ist kein einfacher Kampf. Aber mit Besonnenheit, Entschlossenheit, Menschlichkeit und Solidarität werden wir es gemeinsam schaffen. Und wir werden den Schalter dann auch wieder von Pause auf Start umlegen – für eine gute Zukunft aller Menschen in unserem Land Brandenburg. – Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Kalbitz für die AfD-Fraktion.

Andreas Kalbitz

Vorsitzender der AfD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Abgeordnete! Vorab möchte auch ich im Namen der AfD-Fraktion danksagen: Dank allen Mitarbeitern der Verwaltung, nicht nur hier im Landtag, sondern auch in den Ministerien und Behörden, den Mitarbeitern der Gesundheitsversorgung in Kliniken, die Tag und Nacht unter erschwerten Bedingungen vollen Einsatz bringen, um unser Leben zu schützen, allen Mitarbeitern der Kindernotbetreuung, die sich kümmern, damit dort, wo es noch möglich ist, der Arbeit nachgegangen werden kann, all den Mitarbeitern in der Lebensmittelversorgung, Verkäufern, die im Dauerstress sind und dafür sorgen, dass wir normal weiter versorgt werden, auch den Mitarbeitern der Apotheken, die uns mit Medikamenten versorgen, den Mitarbeitern für Logistik und Warenlieferungen – wir merken in diesen Tagen ja, wie fragil diese Warenketten sind –, auch den Mitarbeitern des öffentlichen Nahverkehrs, die sich jeden Tag hohen Risiken aussetzen, den Polizei- und Sicherheitskräften, die gemeinsam beschlossene Verordnungen und Maßnahmen zum Schutze aller durchsetzen müssen und die normale Kriminalitätsbekämpfung dabei nicht aus den Augen verlieren dürfen, der Feuer-



Andreas Kalbitz

wehr, dem THW, dem Roten Kreuz, der Bundeswehr, die weiterhin Tag und Nacht vor Gefahren schützen, der Müllabfuhr, die unsere Städte sauber und ordentlich hält – all den Menschen, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft auch unter diesen Bedingungen so funktioniert, wie wir es jeden Tag als normal hinnehmen und manchmal vielleicht nicht genug zu schätzen wissen. Sie alle erhalten unsere Versorgung, unsere Gesundheit, unsere Sicherheit mit täglichem Einsatz unter sehr anstrengenden, belastenden Bedingungen aufrecht. Die Wertschätzung dieser Arbeit sollte auch nach der Krise nicht nachlassen.

Ein kurzer Rückblick: Am 3. Januar 2013 wurde die Bundesregierung mit einem Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 unterrichtet. Die Risikoanalyse geht bei einer bedingten Wahrscheinlichkeit von einer Pandemie durch den hypothetischen Erreger ModiSARS aus. Namentlich wird in der Risikoanalyse direkt zu Anfang ein Coronavirus genannt, das seit 2012 bekannt ist und

zum damaligen Zeitpunkt unter sechs nachweislich Infizierten zu zwei Todesfällen geführt hat. Schon 2012 ist die Rede von einer Übertragung des bei Wildtieren vorkommenden Erregers über asiatische Märkte und einer weiteren Ausbreitung durch Reisende. Auch die angegebene Inkubationszeit von 14 Tagen sowie die in der Analyse beschriebenen Symptome lesen sich wie eine Beschreibung der Symptome in der aktuellen Corona-Pandemie. Auch in den anderen Punkten sind die Abweichungen gegenüber der heutigen Situation marginal: Die Letalität wird in der Analyse auf 10 % geschätzt, mit deutlichen Unterschieden je nach Altersgruppe. Selbst die räumliche Ausdehnung wurde treffend als global, aber vorwiegend im asiatischen, europäischen und nordamerikanischen Raum angegeben. Es bleibt zu hoffen, dass zumindest der damals vorausgesagte Zeitraum von drei Jahren nicht Realität wird – angesichts dessen, dass mancher Freischaffende und Selbstständige schon jetzt Sorge hat, wie er im nächsten Monat den Kühlschrank füllt.

Schon vor acht Jahren waren auch die Handlungsempfehlungen bekannt: rasche Informationen über Schutzmaßnahmen, Isolierung und Quarantäne von Verdachtsfällen, aber auch von infizierungsempfindlichen Personen, Absage von Massenversammlungen, Schulschließungen. Und obwohl die drohende Gefahr bekannt war, obwohl der Erreger in China erkannt wurde, sind teilweise zögerlich sinnvolle Maßnahmen und Handlungen unternommen worden, um unsere Bevölkerung zu schützen. Die Bundesregierung stand – wie auch die Regierungen

anderer Länder – zugegebenermaßen vor einer völlig neuen Situation, für die es keine Erfahrungswerte gab, hat am Anfang teilweise auch zögerlich gehandelt.

Einfache und schnelle Maßnahmen, eine vernünftige Information der Bevölkerung hinsichtlich Corona-Verdachtsfällen können Leben retten. Obwohl bereits im Dezember 2019 erste Infektionen in China bekannt wurden und am 27. Januar 2020 auch der erste Deutsche erkrankte, wurde uns von Gesundheitsminister Spahn noch bis Mitte Februar mitgeteilt, die Corona-Lage sei unter Kontrolle. Und bis Ende Februar konnte den Medien entnommen werden, Gesundheitsminister Spahn – Zitat – halte nichts von Reisebeschränkungen – Reisebeschränkungen, die in anderen Ländern Leben gerettet haben dürften. Auch vor der eigenen Haustür müssen wir kehren.

Für Lehren ist es noch zu früh. Die Krise ist auf ihrem Höhepunkt. Wir alle wissen nicht, wann sie ausgestanden ist, welche Folgen sie langfristig auch für unsere Wirtschaft haben wird.

Herr Woidke, in Ihrer Rede sprachen Sie davon, dass weltweit mit Hochdruck daran gearbeitet werde, Behandlungsmethoden und Impfstoffe zu entwickeln. Vielleicht gelingt es uns, diese Krise, wenn sie überstanden ist, auch als Anregung zu nutzen, Brandenburg als Wissenschaftsstandort weiter auszubauen, der selbst solche Behandlungsmethoden und Impfstoffe entwickeln kann, anstatt uns auf die Welt zu verlassen, die, wie wir jetzt merken, von fragilen Lieferketten und Einzelinteressen abhängig ist.

Mit dem Großprojekt Tesla versucht die Landesregierung ja, einen Schritt in

Richtung Ausbau Brandenburgs zum Industriestandort zu machen. Wir werden sehen, was daraus wird, und werden das auch weiterhin kritisch begleiten, wobei das nicht der Schwerpunkt in dieser Zeit ist.

Weshalb nutzen wir keine Grenzkontrollen nach Polen, um Corona-Verdachtsfälle schneller zu identifizieren und das Leben der Bevölkerung Brandenburgs zu schützen? Wir verlassen uns auf Polen und die Nachbarstaaten, die dies konsequent tun. Warum werden an unseren Flughäfen keine Kontrollen zur Identifikation von Corona-Verdachtsfällen durchgeführt?

Ja, es gibt auch unschöne Seiten. In Ihrer Erklärung bezeichnen Sie die „Hamsterkäufe“ als asozial, und Sie haben recht: Natürlich sind Hamsterkäufe kein gebotenes Mittel.

Und ja, es gab unschöne Szenen in Lebensmittelgeschäften. Die teilweise manische Fixierung auf Toilettenpapier ist mir bis heute unerklärlich. Aber auch dieses angstgetriebene Verhalten der Menschen hat seine Ursache in unzureichender Information bei gleichzeitigem Misstrauen – ich glaube, das war ebenfalls eine Ursache – und, ja, auch in der Verbreitung von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien.

Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und fordern weiter eine ehrliche und zügige Information und auch mehr Transparenz, auch innerhalb des parlamentarischen Betriebes. Wir mussten oftmals feststellen, dass die eine oder andere Information auch für die Abgeordneten eher der Presse zu entnehmen war

als den Verlautbarungen der Regierung an den Landtag.

Mittlerweile wurden zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass im Nachklang der Krise zu erörtern ist, wie in Zukunft organisierter und konsequenter mit solchen Herausforderungen umgegangen werden kann – Thema Schulschließungen; da war Brandenburg auch das Schlusslicht –, wenngleich, wie ich schon betont habe, die Situation für alle neu ist.

Auch bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die wir grundsätzlich sehr begrüßen und die nötig sind, ist eine intensive Unterstützung, zum Beispiel der ILB, angebracht. Wenn das Bestreben jetzt darin besteht, die tägliche Bearbeitung von 200 Anträgen auf 1 000 Anträge zu erhöhen, ist das eine irre Herausforderung. Sie haben erwähnt, dass bereits 47 000 Anträge eingegangen sind. Bis die Anträge adäquat bearbeitet werden, gehen unter den jetzigen Bedingungen Monate ins Land. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die ILB möglichst flexibel und unbürokratisch mit Personalaufstockungen zu unterstützen. Das könnte beispielsweise durch den Einsatz einzelner Beamter aus den Ministerien geschehen. Unkonventionelle Situationen erfordern unkonventionelle Maßnahmen.

Eine wichtige Forderung der AfD-Fraktion war die Erteilung der Approbation für deutsche Ärzte, die an der Pommerschen Medizinischen Universität Stettin ihr Studium abgeschlossen haben. Das ist eine Forderung, die wir übrigens bereits am 19.03.2020 in dem Antrag „Interpretation von Formalitäten

an europäische Praxis angleichen – Medizinstudenten der Pommerschen Medizinischen Universität in Stettin approbieren!“, Drucksache 7/888, erhoben haben. Der Antrag wurde seinerzeit abgelehnt.

Gerade jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an. Die Ärzte der PMU Stettin sind gut ausgebildete junge Leute, die unser Land dringend braucht. Selbst Jens Spahn kam – nach der AfD-Forderung – bereits zu der Erkenntnis, dass wir diese Ärzte dringend benötigen. Und wir freuen uns, dass dieser Forderung inzwischen Folge geleistet wurde. Gleichwohl heißen wir die Befristung nicht gut, weil sie jungen Medizinern nicht die Perspektive gibt, um sie in Brandenburg zu halten.

Sie sprechen in Ihrer Erklärung von einer Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Das heißen wir gut, und wir schließen uns an. Für uns schließt das auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Oppositionsparteien ein. Grundlage einer konstruktiven Zusammenarbeit bleibt aber eine zügige und stete Informationsweitergabe.

Trotz mancher Versäumnisse und aller Kritik verspreche ich im Namen der AfD-Fraktion, dass wir die Landesregierung bei allen notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung unterstützen werden. Wir werden parteipolitische Ziele hintanstellen und an allen Maßnahmen konstruktiv mitarbeiten, die dazu dienen, Leben zu retten.

Die Gesundheit und das Leben jedes Einzelnen sind unser oberstes Ziel. Ich fordere Sie auch auf, sich konstruktiv mit unserem Entschließungsantrag zu beschäftigen, der einiges an Maßnahmen

ergänzt, die wir für nötig und förderlich halten. Es geht um mehr als um parteipolitische Differenzen, nämlich um sachpolitische Belange im Interesse der Menschen in unserem Land.

Herr Redmann, es ist schlicht unredlich, wenn Sie der AfD unterstellen, wir würden irgendwas blockieren. Das ist nicht der Fall. Wir stimmen auch – was als Opposition sehr ungewöhnlich ist – dem Haushalt zu; denn wir wissen, dass es jetzt nötig ist, dass die Nothilfe bei den Menschen ankommt. Und wir wissen auch, dass uns mit diesem Haushaltsentwurf – so, wie er vorliegt – ein Teil des Nachtragshaushalts, den so schnell zu beschließen nicht zwingend notwendig gewesen wäre, untergejubelt wird. Das ficht uns aber nicht an, weil wir wissen, dass es jetzt wichtig ist, angemessen auf die Krise zu reagieren. Das sehen wir konstruktiv. Ähnliches galt für das Pairing-Verfahren, dem wir auch zugestimmt haben.

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir das Kommunale-Notlagen-Gesetz nicht nach wenigen Stunden abnicken – wenn also der Entwurf abends vorliegt und vormittags die Entscheidung getroffen werden muss –, sage ich: Es geht eben darum, dass wir das diskutieren wollen – nicht in dem normalen Vorlauf von Monaten und Wochen, aber eine intensive Befassung, gerade wenn es um solche grundlegenden, auch verfassungsrechtlich relevanten Themen geht, muss möglich sein. Uns daraus den Vorwurf der Blockade zu machen ist eine parteipolitische Instrumentalisierung in der Krise, die wir ablehnen.

Wir werden auch dem Nachtragshaushalt der Landesregierung mit der gebotenen Solidarität zustimmen, um die Maßnahmen zu unterstützen. Auf den untergejubelten Teil des Nachtragshaushalts habe ich bereits hingewiesen. Das kann aber in der Krise jetzt keine Rolle spielen.

Gleichzeitig werden wir als Opposition natürlich alle getroffenen Maßnahmen der Landesregierung konstruktiv-kritisch verfolgen, gerade wenn es um die Einschränkung demokratischer Rechte geht. Wir nehmen unsere Rolle als größte Oppositionspartei sehr ernst und werden nicht zulassen, dass demokratische Prozesse unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes eventuell beeinträchtigt oder abgebaut werden, wo es vermeidbar und unnötig ist. An anderen Stellen wird die Einschränkung von Freiheitsrechten nicht vermeidbar sein. Aber Freiheitsrechte bewahren und nötige Ein-

schränkungen durchsetzen – dieses Spannungsverhältnis gilt es eben in der Krise auszutarieren.

Abschließend möchte ich mich in einigen Punkten durchaus der Regierungserklärung anschließen. Die derzeitige Solidarität der Menschen, der Zusammenhalt und die Unterstützung zwischen Jung und Alt über alle derzeit gebotenen Grenzen hinaus: Wir sehen eine grundsätzlich vorhandene Hilfsbereitschaft und Solidarität in unserem Land. Das sollte uns motivieren und mahnt uns zugleich, diese Helden des Alltags während und nach der Krise nicht im Stich zu lassen. – Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stohn.

Erik Stohn

Vorsitzender der SPD-Fraktion



Erik Stohn

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz einen Blick auf die vorherige Rede werfen. Als Herr Kalbitz das Verbreiten von Fake News ansprach, dachte ich zunächst, es werde heute eine Bußrede geben. Das war dann doch nicht der Fall.

Was mich wirklich verwundert, ist, mit welcher Lust Sie immer wieder darauf setzen, dass das Tesla-Projekt, die größte Industriensiedlung seit der Wiedervereinigung in unserem Brandenburg, misslingen könnte. Diese Lust am Scheitern, mit der Sie das hier vortragen, stimmt mich wirklich nachdenklich.

Eines möchte ich auch noch klarstellen: Wir haben gestern versucht, mit allen Fraktionen in diesem Haus ins Gespräch zu kommen, um eine Lösung für unsere kommunalen Parlamente zu finden: um Demokratie auch angesichts der Corona-Krise und entsprechender Gesundheitsvorkehrungen auch in den kommunalen Parlamenten stattfinden zu lassen. Es ging nicht darum, etwas durchzuwinken, sondern darum, den Gesetzentwurf auf die heutige Tagesordnung setzen zu können, um ihn in 1. Lesung zu diskutieren, an den Innenausschuss zu überweisen, um eine entsprechende Anhörung – auch

der kommunalen Spitzenverbände – durchführen zu können, und ihn in der Folge zu beschließen. Durch die Verweigerung Ihrer Fraktion verlieren wir jetzt unnötig Zeit, die wir zur Stärkung der kommunalen Demokratie benötigt hätten. Das ist der Schaden. Aber seis drum. Vielleicht haben Sie einfach noch nicht gewusst, dass eine 1. Lesung auch eine erste Diskussion bedeutet. Nach fünf Jahren im Parlament könnte man das aber wissen.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Welt hat eine Vollbremsung hingelegt. Das öffentliche Leben ist nahezu zum Erliegen gekommen. Unsere Wirtschaft steht vor der größten Herausforderung seit der politischen Wende. Die Sonne scheint, als wäre nichts gewesen, aber die Cafés sind leer, die Regionalbahnen sind es auch, und die allermeisten Geschäfte haben geschlossen.

Das liegt an den ergriffenen Maßnahmen, die alle ein Ziel haben: die Gesundheit von uns Bürgerinnen und Bürgern zu schützen. Wir müssen die Verbreitung

des Virus verlangsamen, damit die medizinische Versorgung für alle sichergestellt ist. Alle, die durch das Virus erkranken und einen schweren Verlauf dieser Krankheit erleben, benötigen die bestmögliche Betreuung. Das geht nur, wenn wir nicht an die Kapazitätsgrenzen unserer Krankenhäuser und unseres medizinischen Personals stoßen.

Unser Ministerpräsident hat es gesagt: Die erste Aufgabe ist es, Leben zu retten. Dazu gehört es, die Krankenhäuser und die dort Beschäftigten – die Ärztinnen, die Krankenpfleger, die Notfallsanitäter und das gesamte Personal – zu unterstützen. Sie haben schon jetzt Großartiges geleistet, und in den kommenden Wochen kommt noch mehr auf sie zu. Ich sage an dieser Stelle ganz herzlichen Dank an das medizinische und das pflegerische Personal.

Die Kliniken bauen Stationen um und schaffen mehr Beatmungsgeräte an, damit mehr Betten für intensivmedizinische Versorgung zur Verfügung stehen. Das Land unternimmt gemeinsam mit den Krankenhäusern alles, um den Beschäftigten im Gesundheitsdienst sowie in der Pflege den Rücken freizuhalten und das benötigte Material zu beschaffen, sei es Desinfektionsmittel oder seien es Atemschutzmasken. Wir arbeiten dabei Hand in Hand mit den Ärzteverbänden, den Krankenhäusern, den Kommunen – und natürlich dem Bund.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die allermeisten Menschen halten sich an die Vorsichtsregeln, die eine Ausbreitung des Virus bremsen und so Leben retten können. Sie tun es zum eigenen Schutz, aber auch weil sie wissen,

sie schützen damit Mitmenschen, die gesundheitlich stärker gefährdet sind.

Der Ministerpräsident sprach von einem Marathonlauf, an dessen Anfang wir stehen. Ich will es etwas apokalyptischer formulieren: Der Sturm zieht gerade erst auf. – Abstand halten heißt Leben retten. Wir wollen verhindern, dass bei uns Bilder entstehen, wie sie in Italien – in Bergamo – jetzt jeden Abend zu sehen sind, wo Militärlaster voller Särgе durch die Straßen fahren. Oder wie in anderen Ländern, wo es mittlerweile vom Alter und von den Genesungschancen abhängt, ob man noch Zugang zu Gesundheitseinrichtungen hat. Das sage ich denjenigen, die ich noch vor wenigen Tagen die Getränkepulle herumreichend vor dem Supermarkt gesehen habe: Nehmen Sie es ernst!

Die allermeisten halten sich, wie gesagt, daran. Dieses Miteinander spürt man an vielen Stellen. In den Familien wird sich auf ganz neue, intensive Weise umeinander gekümmert. Schule findet jetzt zu Hause statt. Oma und Opa können nicht besucht werden, aber man kauft für sie ein, telefoniert mit ihnen und sorgt sich um sie. Das macht deutlich, wie wichtig jedem von uns Familie ist.

Auch im Freundes- und Kollegenkreis gibt es ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl. Wir achten stärker aufeinander. Wir kümmern uns um andere, helfen mit und helfen aus. Noch viel großartiger ist: Wir helfen Menschen, die wir gar nicht kennen. Nachbarn kaufen für einander ein, damit ältere Mitmenschen nicht vor die Tür gehen müssen; andere nähern Atemschutzmasken für Menschen, die berufsbedingt mit vielen in Kontakt

stehen. Das mag für uns ungewöhnlich sein, und vielleicht empfindet der eine oder andere noch Scham, aber es ist auch eine Maßnahme, um sich und andere zu schützen.

Ich bin stolz darauf, dass viele dem Aufruf gefolgt sind, zum Blutspenden zu gehen. Am Montag war ich in Jüterbog Blut spenden, und ein Drittel mehr Menschen taten es mir gleich, als es sonst der Fall ist. Vielen Dank auch für Ihre Bereitschaft, in schwierigen Zeiten Blut zu spenden!

(Allgemeiner Beifall)

Bei Agrarbetrieben und Gärtnereien melden sich jetzt viele, die bei der Ernte aushelfen wollen. Lieferanten und Lkw-Fahrer geben alles, damit keine Engpässe entstehen. Etliche Unternehmen stellen ihre Produktion um, um Materialien herzustellen, die die dringend benötigte medizinische Versorgung sicherstellen. Wenn es heißt, in der Krise zeigt sich der wahre Charakter, stelle ich fest: Wir hier in Brandenburg sind großartige Menschen, die gerade über sich hinauswachsen. Vielen Dank!

Wer sich in unserem Land umsieht, sieht auch viele Sorgenfalten, viele Fragen. Die Menschen haben Angst um ihre berufliche Existenz. Deshalb ist es unsere politische Aufgabe, die Folgen der Corona-Krise einzudämmen. Wir stehen im 30. Jahr der politischen Einheit – und wir stehen vor Aufgaben, die wir bisher nicht kannten: Geschäfte haben geschlossen, Aufträge sind storniert, Produktionsmaterial ist schwieriger zu beschaffen.

Land und Bund befinden sich in enger Abstimmung und haben Maßnah-

men ergriffen, um Beschäftigung und Betriebe zu sichern und möglichst unbeschadet durch die Krise zu bringen. Den Unternehmen wird durch Kredite und Steuerstundungen Luft und Zeit verschafft. Kurzarbeitergeld hilft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Betriebe aktuell leere Auftragsbücher haben. Kreative, Kulturschaffende und Selbstständige können auf Zuschüsse bauen. Die Grenzpendler aus unseren polnischen Nachbarregionen, die in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Unternehmen dringend gebraucht werden, bekommen Unterstützung, damit sie hier übernachten und trotz geschlossener Grenzen zu ihrem Arbeitsplatz gelangen können.

Brandenburg war beim Bereitstellen der Soforthilfen eines der ersten Bundesländer. Seit einer Woche sind bei der ILB Anträge möglich. Über 45 000 sind es mittlerweile; 11 Millionen Euro sind schon ausgezahlt. Ich habe gestern noch einmal mit einem Gastwirt aus meinem Wahlkreis gesprochen, der 15 Mitarbeiter beschäftigt. Er sagt, es sei ein gutes Gefühl in Zeiten dieser Krise, wenn er das Geld am letzten Mittwochvormittag beantragt und bereits um 12.36 Uhr die Rückmeldung „Ihr Antrag ist eingegangen, er wird bearbeitet“ bekommen habe, er sich außerdem – auch zum Wohle seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – auf das Kurzarbeitergeld verlassen könne.

Zugleich dämpfen wir in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die sozialen Auswirkungen der Krise. Keine Familie muss fürchten, wegen vorübergehender Mietrückstände auf die Straße gesetzt zu werden. In Brandenburg, wo El-

tern ihre Kinder gerade nicht in die Kitas schicken können, weil die geschlossen haben, müssen ab heute keine Kitabeiträge mehr gezahlt werden. Auch Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen und deshalb nicht arbeiten können, haben Anspruch auf eine Lohnentschädigungszahlung.

Wir haben diese Soforthilfemaßnahmen gemeinsam erarbeitet und sie in atemberaubendem Tempo miteinander beschlossen: im Bundestag, im Bundesrat und auch hier im Landtag. Heute werden wir einen Nachtragshaushalt beschließen, der den bundesweiten Schutzschirm um einen Brandenburger Rettungsschirm ergänzt. Ich werde oft gefragt: „Können wir uns das leisten?“ Meine Antwort ist: Nichts zu unternehmen, das können wir uns nicht leisten.

Wir wollen Arbeitsplätze und Betriebe sichern, damit nach der Krise Wertschöpfung noch möglich ist, damit die großen Summen an Soforthilfe, die wir jetzt bereitstellen, auch irgendwann wieder erarbeitet werden können. Gerade im Osten ist das wichtig, wo die Unternehmen noch nicht so dicke Kapitaldecken haben, wie es im Westen vielleicht der Fall ist, wo uns die Krise in einem Klima erwischt, bei dem eigentlich alle Zeichen auf Investition standen und alle investieren wollten. Gerade jetzt müssen sie an die Puffer gehen, um diese Krise zu überstehen. Deswegen ist die schnelle Soforthilfe, die wir in unserem Bundesland gestartet haben, so richtig und wichtig. Ganz herzlichen Dank an alle, die daran mitwirken!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Miteinander im ganzen Land,

das Tempo bei den notwendigen Entscheidungen und das entschlossene Handeln aller Verantwortlichen sind beeindruckend. Allerdings kommen dieser Tage auch Dinge vor, die gar nicht gehen: wenn Betriebe übereilt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, die sie nach überstandener Krise dringend wieder benötigen; wenn einzelne Handelsketten meinen, sie müssten für ihre geschlossenen Läden keine Miete mehr zahlen, obwohl sie sich in den Jahren zuvor eine goldene Nase verdient haben.

Ich sage es sehr deutlich: Es ist Zeit für ein Miteinander und Solidarität, im Großen wie im Kleinen. Es ist kein Platz für Egoismus oder Kleinstaaterei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Parlament werden heute mit dem Nachtragshaushalt 2 Milliarden Euro bereitstellen und damit der Regierung die Möglichkeit geben, in unserem Auftrag schnell zu handeln, das Nötige zu tun und die Zukunft Brandenburgs in diesen schweren Zeiten zu sichern. Aber wir denken auch an die Zeit danach. Mit dem Zukunftsinvestitionsfonds halten wir Geld für die Zeit bereit, wenn das öffentliche Leben wieder beginnt und sich die Straßen wieder füllen. Dann braucht es konjunkturelle Impulse. Die setzen wir mit dem Zukunftsinvestitionsfonds: 1 Milliarde Euro halten wir dafür bereit. Das war vor Corona richtig und ist nach Corona nötiger denn je.

Aber wir müssen noch mehr tun, um uns für die Zukunft zu wappnen. Wir müssen aus dieser Pandemie, ihrem Verlauf und ihren schrecklichen Auswirkungen Lehren ziehen. Ich möchte nur einige Grundlinien aufzeigen:

Erstens. Das Wichtigste ist das gesellschaftliche Miteinander, ist der Zusammenhalt. Das gilt in normalen Zeiten und in Krisenzeiten erst recht. Kein Mensch, kein Landkreis, kein Nationalstaat kann sich abschotten und glauben, ihn erreiche dieses Virus nicht. Wir leben in einer vernetzten Welt. Das bedeutet aber übrigens auch: Wir müssen uns in und nach der Krise um multinationale Organisationen wie die Europäische Union und die Vereinten Nationen kümmern und diese stärken. Deswegen ist es auch richtig, dass wir auch in unserem kleinen Brandenburg Hilfe für italienische Patienten leisten.

Zweitens. Der Sozialstaat spielt in dieser komplexen, arbeitsteiligen Welt eine entscheidende Rolle für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. Vor einigen Jahren war Privatisierung das Allheilmittel, die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge dagegen im Verruf. Das Coronavirus zeigt: Ein starker, vorsorgender und sozialer Staat ist unverzichtbar. Das ist die zweite Lehre aus dieser Krise. Wir müssen uns alle miteinander die Frage stellen, ob es klug war, das Gesundheitssystem mehr und mehr auf Wirtschaftlichkeit und Auslastung aufzubauen. Hier müssen alte Wahrheiten mit neuen Erfahrungen abgeglichen werden, hier müssen wir Lehren aus der aktuellen Situation ziehen.

Die dritte Lehre lautet: Dieser Staat ist auch in Notlagen handlungsfähig. Er zeigt gerade, dass er in der gebotenen Eile demokratisch entscheiden und handeln kann. Er zeigt vor allem, dass es uns gelingt, mit einem klugen Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit, zwi-

schen Solidarität und Selbstbeschränkung zu handeln. Wir zeigen, dass das Gesundheitsinteresse über dem Wirtschaftsinteresse steht. Wir zeigen gerade, dass man Menschen auch in freiheitlichen Demokratien für die Bekämpfung des Virus gewinnen kann, ohne sie einzusperren oder zu gängeln. Hierzulande handeln Regierungen entschlossen im Auftrag der Parlamente und gemeinsam mit den Parlamenten. Sie beziehen die Menschen in die Bekämpfung des Virus ein, sie stehen zusammen und machen Ungeahntes möglich, ohne die freiheitlichen, demokratischen Rechte infrage zu stellen. Journalisten berichten weiterhin frei, kritisch, objektiv und ununterbrochen. Alle unsere Maßnahmen müssen der Überprüfung durch Gerichte standhalten. Diese Situation ist keine Notsituation der Demokratie. Wir haben eine Gesundheitskrise und keine Demokratiekrise, wie uns die AfD hier einreden will. Die Gewaltenteilung funktioniert, und mir ist es wichtig zu sagen, dass alle vier Gewalten dazu beitragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mehr denn je überzeugt: Der soziale und demokratische Staat ist am besten geeignet, den Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen, auch und gerade in der Krise, wie wir sie momentan erleben. Wenn diese schwierige – für viele schwere – Zeit etwas Gutes hat, dann das: Sie erinnert uns an das Wesentliche, an das, was wirklich zählt, daran, wie sehr wir alle einander brauchen. Sie zeigt uns, wie groß das Engagement der Menschen, der Brandenburgerinnen und Brandenburger füreinander ist. Wir haben uns diese Krise

nicht ausgesucht, aber wir nehmen sie
gemeinsam an. – Herzlichen Dank, Bran-
denburg!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Für die Fraktion
DIE LINKE hat der Abgeordnete Walter
das Wort. – Ich glaube, wir können den
beiden Gebärdensprachdolmetscherin-
nen auch einmal mit einem Beifall dan-
ken.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Walter.

Sebastian Walter

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE



Sebastian Walter

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Das Coronavirus ist in unser Leben eingeschlagen und hat von heute auf morgen alles verändert: Die Schulen und Kitas sind geschlossen, Restaurants, Theater und Kinos haben zu, und unsere Grenzen sind dicht. Mit Freunden in den Park, gemeinsames An grillen, in den Urlaub fahren oder einfach nur ganz normal seiner Arbeit nachgehen – das ist im Moment auch in Brandenburg nicht mehr möglich. Das öffentliche Leben ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen.

Diese Krise hat uns alle kalt erwischt. Und damit ist sie nicht nur eine Bedrohung für Leib und Leben der Menschen in diesem Land, sondern auch eine Gefahr für unser wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben in Brandenburg.

Ja, es war richtig, diese Entscheidungen zu treffen. Ja, es war richtig, auch harte Einschnitte in Kauf zu nehmen; denn wir müssen alles dafür tun, der Ausbreitung des Virus entgegenzutreten – und das gemeinsam. Und ja, es war auch gut und richtig, dass die Landesregierung schnell Hilfen für die Wirt-

schaft auf den Weg gebracht hat. An dieser Stelle möchte ich Katrin Lange, Jörg Steinbach und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ILB Danke sagen dafür, dass sie schnell gehandelt haben, sodass wirklich viele Unternehmen von den Soforthilfen profitieren können. Für die kleinteilige brandenburgische Wirtschaft ist diese Unterstützung überlebenswichtig.

Herr Ministerpräsident, Sie haben es in den letzten Tagen immer wieder beschworen: Auf was es jetzt ankommt, ist Solidarität – gerade mit denjenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und damit die größte Last zu tragen haben. Immer wieder haben Sie sich bei diesen Menschen bedankt: bei den Krankenpflegerinnen und -pflegern, den Kassiererinnen und Kassierern, bei den Busfahrerinnen und Busfahrern, aber auch den Lkw-Fahrerinnen und -Fahrern. Gut! Und nun?

Was uns diese Krise drastisch zeigt, ist Folgendes: Nicht die, die am meisten verdienen, sind die, die unsere Gesell-

schaft stützen, sondern gerade jene, die am Anfang des Monats nicht wissen, wie sie am Ende über die Runden kommen sollen, die auch sonst schlaflose Nächte wegen der Klassenfahrt des Ältesten oder der Rechnung für die neue Waschmaschine durchleben müssen. Es sind gerade die Menschen im Niedriglohnsektor, die sich Tag für Tag der Gefahr einer Infektion aussetzen, damit wir alle noch in den Supermarkt gehen oder zur Arbeit fahren können, die unsere Oma im Heim versorgen oder die Essensausgabe an der Tafel aufrechterhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Stohn, da wird eben auch eines sehr deutlich: Ein Dank allein – so wichtig die Anerkennung auch ist – reicht halt nicht aus. Denn schlussendlich bleibt es dabei: Kein Mensch in diesem Land kann seine Miete mit Applaus vom Balkon bezahlen. Keine Rechnung lässt sich mit einem netten Lächeln begleichen, und keine dritte Mahnung ist nach einem herzlichen „Vergelt's Gott!“ Geschichte.

Wir alle hier – wir 88 Landtagsabgeordnete, die wir hier sitzen – haben leicht reden, und darauf sollten wir auch einmal achten: Wir haben heute unseren vollen Lohn zu 100 % erhalten. Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger kann von so einem sicheren Gehalt – auch von der Höhe – nur träumen. Was die Menschen von uns dafür aber erwarten, ist, dass wir unseren Job machen, dass wir uns konkret Gedanken machen und etwas auf die Beine stellen, um ihnen unter die Arme zu greifen. Das heißt in erster Linie, dass wir alles dafür tun, für ihre Sicherheit zu sorgen – und zwar im doppelten Wortsinn: für Sicher-

heit vor einer Infektion und für soziale, finanzielle Sicherheit –, dass wir die Ängste und Nöte der Brandenburgerinnen und Brandenburger sehen und sie nicht alleinlassen, denn das Leben ist immer konkret.

Auch Ihnen wird es so gegangen sein: In den letzten Tagen und Wochen haben sich viele Menschen bei uns allen gemeldet. Sie kennen mich ja inzwischen ein bisschen – ich erzähle Ihnen jetzt einmal von diesen Menschen in unserem Land: Da ist zum Beispiel Luisa, die junge Krankenschwester.

(Zuruf)

– Tun Sie mal nicht so! Das ist eben die konkrete Realität in diesem Land. Während Sie hier „Danke, danke!“ sagen, melden sich die Menschen bei uns und haben Fragen.

(Weitere Zurufe)

Also hören Sie einfach in Ruhe zu, und dann können wir darüber diskutieren.

Sie ist Krankenschwester. Seit Jahren herrschen auch in ihrer Klinik Personalmangel, Unterbezahlung und massiver Druck. Deswegen ist sie letztes Jahr gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gegangen und hat gestreikt – für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt: Wo war da eigentlich der Applaus für Luisa? Und was hat sich seitdem für sie verbessert?

Herr Stohn, die Situation in den Krankenhäusern bundesweit ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Das sehen wir auch daran, dass noch im letzten Jahr – vor einigen Monaten – die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit Karl Lauterbach

von der SPD und vielen anderen in diesem Land gefordert hat, dass wir doch die Hälfte der Kliniken schließen sollen, das rechnet sich so ja nicht. Während Luisa für ihren Knochenjob am Ende mit gerade einmal 2 000 Euro netto nach Hause geht, machen private Klinikkonzerne Millionengewinne – aber rechnet sich ja nicht, haben Sie uns erzählen wollen! Die Privatisierung im Gesundheitswesen – das war, das ist und das wird immer so sein – geht auf Kosten der Patientinnen und Patienten, der Angestellten, der Hygiene und der Qualität.

(Zuruf)

– Wir haben kein einziges Krankenhaus geschlossen, Herr Stohn, und wir haben auch kein einziges Krankenhaus privatisiert. Wir haben gemeinsam die Investitionspauschalen für die Krankenhäuser hochgefahren. Aber Sie wissen auch ganz genau, dass das ein bundesweites Thema ist. Deswegen sagte ich „bundesweit“.

Wohin uns das geführt hat, muss in dieser Krise doch selbst dem Letzten auch in diesem Hause klar werden. Dass im 21. Jahrhundert allerorts Näherinnen zugange sind, um händisch einfache Atemschutzmasken für unsere Gesundheitseinrichtungen zu produzieren, weil es keine Schutzkleidung mehr gibt, dass Ehrenamtliche zu Hause die Nähmaschine fürs Krankenhaus anschmeißen – wer hätte sich das überhaupt vorstellen können in diesem reichen Land Deutschland? Wenn ich Ihnen das vor zwei Monaten erzählt hätte, hätten Sie mich zu Recht für verrückt erklärt.

Es kann aber nicht sein, dass unser medizinisches Personal, die Ärzte und Pflegekräfte, jetzt das Gefühl bekommen, sie seien in dieser Krise das Kanonenfutter.

(Zurufe)

Der Schutz in unseren Gesundheitseinrichtungen muss die erste Priorität haben.

Nun erzähle ich Ihnen von einer Frau, die als Kassiererin in einem Potsdamer Baumarkt arbeitet. Vor zwei Wochen noch hat sie Schutzmasken verkauft – mit einer Preissteigerung von 300 %. Selbst hat sie keine mehr bekommen. Aber auch sie setzt sich täglich an ihre Kasse und begibt sich in die Gefahr einer Ansteckung.

Wenn mir eine befreundete Mukoviszidose-Patientin erzählt, dass sie alle Läden, alle Apotheken abgegrast habe, aber nirgends mehr eine Maske zu bekommen sei, dann müssen wir endlich darüber reden, diese bei jenen zu beschlagnahmen, die meinen, damit jetzt noch den großen Reibach machen zu müssen, und sie denen zu geben, die sie wirklich brauchen. Wenn Sie fragen, wer das ist: Selbst Ihre Gesundheitsministerin hat vor einigen Tagen dargestellt, dass sie nicht verstehe, warum in einigen Baumärkten in den letzten Wochen noch FFP2- und FFP3-Masken verkauft wurden. Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir jetzt handeln und auch über Beschlagnahmen reden.

Die Krankenschwester und auch die Kassiererin haben Kinder im Kita-Alter. Und als wäre alles nicht schon schwierig genug, müssen sie trotz Aussetzung der

allgemeinen Kitagebühren weiter blechen; denn ihre Kinder werden ja weiter betreut. Im Fernsehen erzählen die schlauen Politiker dann, dass dafür gerade leider kein Geld mehr da ist. Was für ein Irrsinn: Für den Flughafen werden einfach mal so 110 Millionen Euro zusätzlich lockergemacht. Wer soll das verstehen? Ist das die neue Wertschätzung vonseiten der Politik? Na herzlichen Dank dann aber auch! Es wäre doch jetzt wirklich das Mindeste, dass Claudia und Luisa nicht auch noch finanziell dafür bestraft werden, dass sie in systemrelevanten Berufen arbeiten. Wirklich gerecht wäre hingegen, wenn sie für diese Arbeit in schwierigsten Verhältnissen zumindest für die Zeit der Krise 500 Euro steuerfrei obendrauf bekämen. Das wäre dann konkret!

Ich habe einen Bekannten, der in einem Restaurant arbeitet. Dieses ist zurzeit geschlossen. Sein Arbeitgeber hat Kurzarbeit angemeldet. Normal verdient er 1 250 Euro netto. Durch die Kurzarbeit hat er jetzt noch gute 750 Euro zur Verfügung. Klar, schöne Sache, er könnte seine Miete jetzt stunden. – Aber mal ganz im Ernst: Von 1 250 Euro kann er doch nach der Krise nicht auch noch seine Mietschulden begleichen! Wie soll das denn funktionieren? Konzerne wie Adidas machen sich jetzt einen Lenz, er muss aber de facto weiterzahlen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir jetzt auch das Kurzarbeitergeld auf 90 % erhöhen, wie es auch die Gewerkschaften fordern.

Und auch das Land könnte helfen, indem wir endlich Strom- und Wassersperren verhindern. Das wäre konkrete

Hilfe bei konkreten Problemen der Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Herr Woidke, wenn Sie davon sprechen, dass Sie jeden Arbeitsplatz erhalten wollen, dann frage ich mich, warum Ihr Bildungsministerium die Vertretungslehrer aktuell vor die Tür setzt. Hier können Sie jetzt ganz konkret Zeichen setzen. Dann wäre es auch umso glaubwürdiger, wenn Sie zu Recht die Arbeitgeber auffordern, keinen Menschen zu entlassen. Die von mir genannten Personen stehen sinnbildlich für viele weitere mit den gleichen Problemen. Es tut mir leid, Sie müssen sich diese Fragen stellen lassen und darauf Antworten finden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wollen jetzt einen 2 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm aufspannen. Das ist gut. Sie haben einen riesigen Rettungsschirm für die Wirtschaft aufgespannt. Wen Sie allerdings bei Ihrer Schwerpunktsetzung im Regen stehen lassen, das sind viele Teile dieser Gesellschaft. Ja, Sie geben den Krankenhäusern etwas mehr Geld. Ja, Sie kümmern sich um Theater und Kultureinrichtungen. Aber schauen wir uns die Schwerpunktsetzung an: Ich sage Ihnen ganz deutlich: Sie lassen die soziale Infrastruktur in diesem Land, die Vereine und die Wohlfahrtsverbände im Regen stehen und erteilen mit Ihrem Rettungsschirm dem sozialen Brandenburg eine Absage und geben es gerade in dieser Krise preis. Das ist kurzfristig!

(Zuruf)

– Dann erzählen Sie doch nicht, dass es falsch ist. Wir haben hier heute Vorlagen, und darin sieht man, was Sie

wofür ausgeben wollen. Sie hätten jetzt die Möglichkeit zum Handeln gehabt; das haben Sie nicht getan.

Ich sage Ihnen: Das soziale Brandenburg – das sagen Sie selbst – ist wichtig. Denn was kommt nach der Krise? Gerade dann brauchen wir die Vereine, die Kulturstätten, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort. Gerade das alles steht auf dem Spiel.

Wenn wir jetzt Schulden aufnehmen, kann es nicht wirklich unser Ernst sein, dass wir dann wieder diejenigen zahlen lassen, die am meisten unter dieser Krise leiden. Wenn ich die ersten Sparvorschläge höre, dass man beispielsweise die Kitagebühren doch nicht in dieser Legislaturperiode abschaffen könnte, dann beschreibt genau das das Problem. Wir haben vor wenigen Jahren über Nacht die Banken gerettet. Es wird jetzt Zeit, dass sie auch etwas zurückgeben. Und natürlich müssen wir auch über eine Vermögensabgabe sprechen. Die ist kein Teufelswerk, sie steht nicht bei Karl Marx, sondern im Grundgesetz, meine Damen und Herren.

Wenn wir beim Grundgesetz sind, dann will ich Ihnen zumindest sagen – nicht, dass das hier gar keine Rolle spielt –, dass Grundrechtseinschränkungen – das sehen wir schon, wenn wir in unsere eigene Geschichte schauen – niemals Dauerlösungen sein können, sondern nur eine absolute Ausnahme.

(Zuruf)

Jeden Tag müssen sie überprüft werden, und wir brauchen ein Ausstiegsszenario.

Wir brauchen keine Hilfssheriffs, die jetzt die Kennzeichen kontrollieren und die Polizei rufen. Schon gar nicht brauchen wir Bußgeldkataloge, die dann diejenigen am härtesten treffen, die sowieso am schwächsten sind. Wenn ich höre, dass man Ersatzfreiheitsstrafen verhängen könne, wenn die Strafen nicht gezahlt werden könnten, dann ist mir angst und bange um unser Rechtsstaatsverständnis in diesem Haus.

Wen trifft denn eine Ausgangssperre? Wen treffen die Bußgelder? Ja, es ist richtig.

(Zuruf)

Wen treffen sie am härtesten? Ich habe Ihnen das Beispiel genannt. Da muss man wirklich genau hinschauen. Ich habe gerade nicht das Gefühl, dass Sie als Koalition und als Regierung da tatsächlich genau hinschauen wollen. Deshalb ist es richtig, dass wir es hier ansprechen.

(Zuruf)

– Ich komme gleich dazu.

(Zuruf)

– Herr Woidke, sagen Sie nicht „Jaja“, sondern hören Sie mir einfach bis zum Ende zu.

Sie haben die internationale Solidarität angesprochen. Eines möchte ich an dieser Stelle noch sagen, denn in Zeiten der Krise – so scheint es – ist sich so mancher selbst erst einmal der Nächste: Vergessen wir bitte nicht den Blick über den Tellerrand! Vergessen wir nicht jene, die in den Flüchtlingslagern sitzen, geflohen vor Krieg, Hunger und Vertreibung.

Das Camp Moria und all die anderen sind gerade jetzt eine tickende Zeitbombe. Es fehlt dort ohnehin schon am Allernötigsten, von medizinischer Versorgung ganz zu schweigen.

Wenn in diesen Camps das Virus ausbricht, sind ihm die Menschen schutzlos ausgeliefert. Thüringen hat angeboten, zu helfen und Menschen aufzunehmen. Auch Berlin will 1 500 Menschen aufnehmen, notfalls in Eigenregie.

Aber wo ist Brandenburg? Das Schweigen ist sozusagen ohrenbetäubend. Um es einmal mit Norbert Blüm zu sagen: Wenn wir es als Europäische Union nicht schaffen, diesen Menschen jetzt zu helfen, dann können wir den Laden wegen moralischer Insolvenz dichtmachen. – Das gilt nicht weniger auch für Brandenburg.

Ich komme zum Ende. – Was mich an unserem Umgang auch heute wieder massiv gestört hat – und das ist so sinnbildlich für den Umgang miteinander in den letzten Wochen –, ist die Tatsache, dass Sie offenbar noch nicht verstanden haben, dass wir in dieser Krise alle im gleichen Boot sitzen.

Wir haben ein Problem. Wenn Sie bei jedem Vorschlag und jeder Kritik, die wir äußern, gleich von Majestätsbeleidigung ausgehen, dann tut es mir leid. Auch wir erhalten Anrufe, auch wir bekommen E-Mails und Nachrichten. Das müssen Sie sich schon gefallen lassen.

Sie sagen es selbst: Wir alle müssen zusammenstehen, solidarisch sein und die Köpfe zusammenstecken. Jede Idee zählt, jede Beobachtung ist wichtig. Deshalb ärgert es mich, wenn Sie sich jetzt so überrascht zeigen von unserem Ton

und dem Tempo, das wir anschlagen. Sie stöhnen, man könne nicht erwarten, dass unsere Vorschläge von heute auf morgen umgesetzt würden. – Doch! Es sind ungewöhnliche Zeiten, und die erfordern ungewöhnliche, schnelle Lösungen. Ja, es muss vieles zugleich angefasst werden, aber es muss ja nicht sofort alles perfekt sein.

Liebe Kollegen Woidke, Stohn, Redmann und Budke, unsere Vorschläge liegen jetzt seit drei Wochen auf Ihrem Tisch. Auch heute erzähle ich Ihnen nichts Neues. Seit drei Wochen liegen unsere Vorschläge bei Ihnen auf dem Tisch. Die Probleme, die wir darin thematisieren, sind uns doch nicht heute früh beim Zeitunglesen aufgefallen, sondern darüber berichten uns die Menschen in diesem Land seit dem ersten Tag der Krise. Wir haben Ihnen mehrfach die Hand gereicht, und wir reichen sie Ihnen auch heute wieder für gemeinsame Ideen und Lösungen.

Sie allerdings

(Zurufe)

bunkern sich ein und wiegeln ab. Wir wollen keine Besserwisser sein. Wir wollen nicht beweisen ...

(Zurufe)

– Wissen Sie, was mich so aufregt? Ich stelle mich hier hin und halte eine Rede über Dinge, die ich mir nicht ausdenke! Das betrifft vielmehr Menschen, die Probleme haben. Erzählen Sie denen doch mal, wie sie vom Kurzarbeitergeld überleben sollen! Erzählen Sie denen doch mal, wie sie damit umgehen sollen!

Wir hier können uns schön zu Hause hinsetzen. Wir haben kein Problem mit Homeoffice, weil wir uns zu Hause den Arsch breitsitzen können und weil wir 100 % unseres Lohns bekommen. Wir haben eine große Wohnung oder ein großes Haus. Es gibt aber sehr viele Menschen, die das nicht haben, und auf diese Menschen gehen Sie nicht ein. Das ist das Problem!

Sie wollen staatsmännisch klingen und sind doch weit weg vom tatsächlichen Leben. Da brauchen Sie sich nicht zu wundern oder aufzuregen, wenn die Leute da draußen nur noch den Kopf schütteln und irgendwie versuchen, sich und auch anderen zu helfen.

Wir wollen dieser Krise solidarisch begegnen, und das erwarten wir genauso von Ihnen. – Vielen Dank!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. Ich wünsche mir eine Mäßigung in der Ausdrucksweise, auch in einer solchen Aussprache.

Das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Dr. Redmann; ich darf Sie um Ruhe bitten. – Bitte schön, Herr Dr. Redmann.

Dr. Jan Redmann

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Dr. Jan Redmann

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! DIE LINKE hatte sich in den vergangenen zehn Jahren in Brandenburg bei den Menschen einen durchaus guten Ruf erworben, und zwar deshalb, weil man sich auf sie verlassen konnte, wenn es hart auf hart kam. Das sage ich als Fraktionsvorsitzender der CDU.

DIE LINKE wusste: Wenn es ernst wird, wenn die Probleme groß sind, müssen wir als Land zusammenstehen, um diese Probleme lösen zu können. Sebastian Walter hat mit seiner Rede heute Morgen mit dieser Tradition der Linken in Brandenburg gebrochen. Sebastian Walter hat heute Morgen versucht, die Menschen im Land auseinanderzutreiben. Er hat versucht, sein politisches Süppchen auf dem Herd der Krise zu kochen! Das ist unverantwortlich, das ist infam. Herr Walter, schämen Sie sich für diese Rede!

Brandenburg, Deutschland, ja die ganze Welt kämpft gegen Corona. Wir stehen zusammen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, um gerade die Risikogruppen – die Älteren, die Menschen mit Vorerkrankungen – zu schützen und eine Überlastung unserer Intensivmedizin zu verhindern.

Im Bewusstsein dieser zwingenden Notwendigkeit nimmt jeder Einzelne in diesen Tagen schwere Einschnitte in Kauf: Wir können unsere Eltern oder Großeltern nicht besuchen, Selbstständige halten ihre Geschäfte geschlossen und erleiden hohe Verluste, Kurzarbeiter haben Einkommenseinbußen. Kontaktsperrungen machen ein Wiedersehen mit Freunden unmöglich.

Viele wachsen in diesen Tagen über sich hinaus: Pfleger, Krankenschwestern, Ärzte, Forscher, Mitarbeiter in Verwaltungen im Land, in den Kommunen und im Bund, Kita-Erzieher, Polizisten. Der Landtag hat in kürzester Zeit ein Hilfsprogramm in ungeahnter Höhe auf den Weg gebracht.

Sehr gern hätten wir heute auch den Gemeinden und Landkreisen dabei geholfen, in Zeiten von Corona wichtige Entscheidungen leichter treffen zu können. Dass dies heute nicht möglich ist, liegt allein daran, dass Sie, meine Damen und Herren von der AfD – anders als Pfleger, Krankenschwestern, Ärzte, Forscher,

Verwaltungsmitarbeiter und Polizisten –, nicht in der Lage sind, über sich hinauszuwachsen.

Es kann ja sein, dass Sie an die Corona-Bedrohung genauso wenig glauben wie an den Klimawandel; immerhin twittert mancher aus Ihrer Fraktion auch noch in diesen Tagen von der „Corona-Hysterie“. Aber hier geht es um mehr als steile Thesen – hier geht es um Gesundheit und um Menschenleben. Hier geht es um eine echte Krise. Reißen Sie sich daher endlich zusammen und hören Sie auf mit diesen Spielchen! Jetzt geht es um Verantwortung!

In dieser Notsituation beweist unsere offene Gesellschaft Handlungsfähigkeit mit Augenmaß. Ja, die Eindämmungsverordnung enthält wahrlich harte Maßnahmen. Erfreulicherweise halten sich die allermeisten Brandenburger daran. Trotzdem ist es notwendig, Herr Walter, ein Bußgeld verhängen zu können, wenn sich einige wenige nicht daran halten. Wir hatten solche Fälle noch am Wochenende; da wurden beispielsweise Polizisten angespuckt. Nein, die Bußgelder richten sich nicht gegen die Ärmsten der Gesellschaft, sondern sie richten sich gegen diejenigen, die die Regeln nicht beachten und die uns alle gefährden, unabhängig vom Einkommen.

Die Maßnahmen zeigen bereits Erfolge. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen: Waren es noch vor einigen Wochen zwei bis drei Tage, in denen sich die Infektionszahlen verdoppelten, waren es danach fünf bis sechs Tage. Wenn wir uns die jüngsten Ergebnisse anschauen, stellen wir fest, dass wir schon bei zwölf bis 13 Tagen sind. Das ist wichtige Zeit,

die wir für unsere Krankenhäuser benötigen.

Dieser Trend muss sich verstetigen; erst dann können wir sicher sein, dass unsere Intensivmedizin mit der Belastung klarkommen kann. Wir werden die Zeit bis Ostern nutzen, um zu prüfen, inwieweit wir danach noch an welchen Maßnahmen festhalten müssen.

Sicherlich, wir müssen die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben Schritt für Schritt wieder anfahren, aber nur so schnell, wie es auch verantwortbar ist. Manches – das kann man heute schon sagen – wird auch länger dauern. Es wird länger dauern, bis wir wieder auf Konzerte gehen können. Es wird länger dauern, bis sich die Tanzflächen wieder füllen. Wir werden uns über lange Zeit an größere Abstände gewöhnen müssen, beispielsweise in Supermärkten oder auch in Restaurants. Die Stoffmaske – wir sehen sie heute auch hier im Saal – hat sicher gute Chancen, zum Kleidungsstück der Saison zu werden, auch die selbst genähte und ganz kreative.

Meine Damen und Herren, je entschlossener wir vorgehen, desto schneller können wir das Virus besiegen, und darum geht es in diesen Wochen! Wir wollen aber nicht nur schützen, sondern wir wollen auch helfen. Dafür werden wir als Landtag zusätzlich zu den Hilfen des Bundes heute einen Schutzschirm im Umfang von 2 Milliarden Euro bereitstellen.

Herr Walter, wenn Sie die Vorlage richtig gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass diese Mittel zur Verstärkung aller Haushaltstitel unseres Haushalts eingesetzt werden. Es braucht Ihre Anträge

zum Nachtragshaushalt daher nicht. Sie haben das auch verstanden, Sie wollen hier aber einen anderen Eindruck erwecken. Das ist leider unredlich.

Ich kann es ganz offen sagen: Die Union hat sich diese Aufstockung nicht leicht gemacht. Wir wissen natürlich, dass jeder Euro, den wir heute an Kredit aufnehmen, in der Zukunft zurückgezahlt werden muss. Deshalb gibt es insbesondere für die zweite Milliarde, die wir aufnehmen, einen Sperrvermerk. Der Landtag wird die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten und zu kontrollieren, wofür das Geld im Einzelnen ausgegeben wird. Natürlich gibt es auch schon einen Tilgungsplan. Wir wissen schon heute, in welchem Umfang wir in den nächsten Jahren Tilgungsleistungen erbringen müssen.

Neben der Unterstützung des Gesundheitswesens ist vor allem die Unterstützung unserer Wirtschaft entscheidend. Brandenburg ist da ein Vorbild im Bundesvergleich. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei der Landesregierung und auch bei der öffentlichen Verwaltung bedanken, die so schnell in der Lage waren, die Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die Soforthilfeprogramme von Land und Bund setzen ein wichtiges Zeichen für mutige Solo-Selbstständige, für kleine und mittelgroße Unternehmer, also nicht nur für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern, sondern auch für Betriebe mit bis zu 100 Mitarbeitern. Das sind in Brandenburg übrigens nicht weniger als 100 000 Unternehmen. Das ist das Rückgrat unserer Brandenburger Wirtschaft. Wir dürfen nicht vergessen: Es ist der

Mittelstand, der in den vergangenen Jahren mit seinen Steuern und den Gehaltszahlungen entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Staat heute so handlungsfähig ist.

Wir müssen aber auch eines klarmachen: Nicht jede negative Folge wird vom Staat aufgefangen werden können; da sollten wir keinen gegenteiligen Eindruck erwecken. Die fiskalischen Möglichkeiten sind nun einmal endlich. Die Folgen der Corona-Krise dürfen nicht einseitig und maßlos auf spätere Generationen übertragen bzw. ihnen aufgeladen werden. Wir bewegen uns da in einem echten Grenzbereich.

Vor zwei Monaten hatten wir hier im Landtag Brandenburg noch eine Debatte über unser Land als moderne Industrieregion der Zukunft. Diese Debatte ist nach wie vor aktuell. Die Herausforderungen jedoch sind größer geworden durch das, was uns seitdem auferlegt wurde.

Wir wissen: Eine Rezession ist nicht vermeidbar. Die Wirtschaftsweisen gehen von einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von über 5 % aus. Wir befinden uns in einer Ausnahmesituation. Sie gebietet schnelles und entschiedenes Handeln. Wir verlieren aber auch nicht die Konsequenzen aus den Augen.

Die ordoliberalen Prinzipien sind nicht außer Kraft, Herr Walter. Sozialistischer Etatismus ist ganz sicher kein Zukunftskonzept.

(Zuruf)

Sie haben die Vermögensabgabe angesprochen. Dabei wissen Sie doch selbst ganz genau, dass sie auch jene trifft, die in diesen Tagen ohnehin ange-

schlagen sind, nämlich die Einzelunternehmer, die Mittelständler. Das ist natürlich der Fall, weil auch das Betriebsvermögen unter eine Vermögensteuer fallen würde. Wir wollen nicht, dass unsere private Wirtschaft nach der Corona-Krise in Trümmern liegt, sondern wir wollen dabei helfen, dass sie bald wieder in den Startlöchern eines Aufholprozesses steht.

Brandenburg muss sich jetzt seine Schlagkraft erhalten. Der Zukunftsinvestitionsfonds ist bereits beschlossen. Ganz ehrlich: Wenn wir ihn nicht schon hätten, müssten wir ihn spätestens jetzt erfinden. Der Fokus liegt auf strategischen Investitionen und auf der Landesentwicklung. Bislang waren Planungskapazitäten knapp; die Bauunternehmen waren regelmäßig ausgebucht.

Bald könnte sich das ändern. Bald könnten die Unternehmen auf öffentliche Ausschreibungen angewiesen sein und sich freuen, dass dadurch die eine oder andere Umsatzeinbuße ausgeglichen werden kann. Dank dessen könnte Brandenburg schneller vorankommen, was seine Infrastrukturinvestitionen anbelangt. Vielleicht denkt die Wirtschaft auch ein wenig um. Wir erleben gerade, wie anfällig globale Lieferketten sein können, die nur den günstigsten Preis im Blick haben. Das bedeutet eine Chance für regionale Lösungen sowie für den Standort Brandenburg.

Die Dynamik der Ereignisse zwingt auch diese Koalition, die verabredeten Schwerpunkte neu zu bedenken. Wir müssen schauen, welche Maßnahmen in der Zeit nach Corona wichtig sind und mit welcher Priorität sie zu verfolgen sein werden. Aus unserer Sicht muss die Prio-

rität klar auf nachhaltigen Investitionen liegen. Die Stärke der Brandenburger Wirtschaft, von der auch der Ministerpräsident gesprochen hat, muss erhalten werden; denn das ist für die Menschen derzeit das Entscheidende.

Wir müssen uns auch die Frage stellen: Was wird nach der Corona-Krise das neue „Normal“ sein? Es reicht dabei nicht, nur über E-Learning, Homeoffice oder die Notwendigkeit von Geschäftsreisen zu reden. Unser gesellschaftliches Leben wird sich stärker verändern. Wir müssen es neu ordnen, neu denken und als Land die richtigen Antworten finden – durch konsequente Digitalisierung, Innovation, Investitionen in Infrastruktur und Entbürokratisierung. Auf diese Weise können wir zur Weiterentwicklung eines dann wieder erfolgreichen Standortes Brandenburg beitragen.

Wir müssen uns wieder stärker auf das Wesentliche besinnen. Denken Sie daran, welche emotionale Debatten in der Vergangenheit regelmäßig im März eines Jahres über die Frage geführt wurden, ob es sinnlos oder sinnvoll ist, die Zeitumstellung beizubehalten. Hat Ihnen diese Debatte am vergangenen Sonntag gefehlt? Mir nicht! Wir erkennen in der Krise wieder den Wert unserer offenen Gesellschaft, ihrer Institutionen wie den Medien, der Verwaltung oder auch unseres Gesundheitssystems, das bei aller Kritik zu einem der besten weltweit gehört.

Wir vermissen europäische und globale Zusammenarbeit und erfassen gleichzeitig ihre Notwendigkeit, wenn wir die Staus an der polnischen Grenze sehen. Nicht die Abschottung der Nationalstaaten, sondern eine funktionierende

Abstimmung und Kooperation sind die Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise. Selbstverantwortung heißt nicht, dass jeder nur für sich selbst verantwortlich ist. Es macht mich als Brandenburger stolz, dass auch bei uns italienische Intensivpatienten behandelt werden. Das ist gelebter Patriotismus und nicht Nationalismus!

Krisen dieser Tragweite verändern Gesellschaften nachhaltig. Gerade die Jüngeren erleben zum ersten Mal die Fragilität ihrer Lebensweise. Dies schafft ein Bewusstsein, das wir uns für die Zukunft bewahren müssen. Ich empfinde einen großen Respekt und große Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die in der Medizin und Pflege, in der Landwirtschaft, im logistischen Bereich sowie in den öffentlichen Verkehrsmitteln und vielem mehr die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft in dieser für uns alle so schwierigen Zeit sicherstellen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: All die Jahre sind die Menschen in den Supermärkten an den Frauen und Männern, die die Regale einräumen, meist wortlos vorbeigegangen. In diesen Tagen erlebt man immer wieder ein freundliches „Guten Tag“, ein „Danke schön“ oder ein

Wort der Aufmunterung. Dieser ethische Zusammenhalt ist der große Gewinn der aktuellen Notsituation – zwischen Bürgern untereinander, in ihrer Beziehung zum Staat sowie in den wechselseitigen Beziehungen zur Wirtschaft. Ein ethischer Zusammenhalt fordert nichts, er will das Beste für jeden Einzelnen und steht trotzdem im Gegensatz zu einem extremen Individualismus.

Über die Jahrhunderte hinweg hat Brandenburg – haben die Brandenburger – viele Krisen erlebt und jede einzelne auf Brandenburger Art gemeistert: mit Zähigkeit und Durchhaltevermögen, mit Vertrauen und Zuversicht sowie mit der Bereitschaft, anzupacken – für sich und für andere. Dass wir diese Tugenden heute wieder sehen, macht Mut, nicht nur für die Bewältigung der gegenwärtigen Krise, sondern auch für die gewaltigen Aufgaben, die danach vor uns liegen. – Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Vida.

Péter Vida

Vorsitzender der Fraktion
BVB / FREIE WÄHLER



Péter Vida

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Abgeordnete! In Zeiten der Krise sehen wir den großartigen Charakter der Brandenburger: Menschen aus allen Teilen des Landes, aller Altersgruppen und aller Berufe stehen zusammen und reichen damit – symbolisch – all jenen eine helfende Hand, die sie jetzt besonders benötigen. Sie senden damit auch ein Zeichen der Hoffnung, dass wir, wenn wir entschlossen und vorausschauend die richtigen Schritte gehen, diese Krise auch meistern können. In einer solchen Zeit zeigt sich, welche Kraft in unserem Land steckt; und es gilt, die außerordentliche Arbeit derer zu würdigen, die selbstlos für andere eintreten, für sie da sind und ihnen nahe sind.

Hoffentlich bald werden wir zurückblicken und sagen können: Dies war die Phase, in der ein neues Gefühl der Nächstenliebe und Solidarität unser Land durchzog und es damit auch stärker machte. Denn diese Stärke braucht es jetzt, um diese Zeit der Heimsuchung, in der wir alle auf die Probe gestellt werden, zu meistern. Dazu gehört es, die Lage faktenbasiert zu analysieren, notwendige Maßnahmen zu definieren und die Ressourcen bereitzustellen, um diese ent-

schlossen und konkret umzusetzen. Dabei geht es wahrlich nicht um parteipolitische Selbstdarstellung, sondern um gesellschaftliche Lösungen, die jedem zum Nutzen gereichen.

Meine Damen und Herren! Wir haben es mit einer der bedrohlichsten Pandemien der Geschichte zu tun. Lange Zeit wurde die Wirkung des neuartigen Coronavirus bei uns in Europa unterschätzt; das muss man so sagen. Der bei der Mehrheit der Infizierten milde Krankheitsverlauf wiegte die Menschen in trügerischer Ruhe und verleitete vor einiger Zeit noch viele dazu, unvorsichtig zu sein. Der gefährliche Trugschluss, dass man, weil man sich nicht krank fühle, den Alltag weiter unverändert bestreiten könne, ermöglichte erst die weite Verbreitung des Virus in Europa. Dabei zeigen sich eine höhere Reproduktionszahl, eine längere Inkubationszeit und eine deutlich höhere Sterblichkeit als bei einer gewöhnlichen Grippe.

Deswegen war und ist es auch so wichtig, den pseudowissenschaftlichen

und verschwörungstheorieheischenden Verharmlosern entgegenzutreten. In dieser Zeit sind Desinformation und Agitation die größten Feinde von Heilung und Hilfe. Mit einem exponentiellen Wachstum der Infiziertenzahlen, ohne Impfstoff und in manchen Orten Italiens mit Übersterblichkeitsraten so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, steht die Tragweite außerhalb jeden wissenschaftlichen Zweifels. Die Gefährdungslage muss als so hoch benannt werden, wie sie ist. Daher müssen sich alle Maßnahmen und die Diskussion, ob man sie einschneidend findet, ob sie nötig sind, ob sie reglementierend sind, immer an folgendem Vergleich orientieren: Auf der einen Seite geht es um Lebensqualität, auf der anderen um Leben.

Meine Damen und Herren! Als eine der wichtigsten richtigen Maßnahmen sehen wir es an, dass die Menschen nicht durch sich beinahe täglich ändernde und einander teilweise widersprechende Aussagen verunsichert werden. Die nötigen Maßnahmen erfassen alle Bereiche des Lebens, und die zu erbringenden Kraftanstrengungen werden uns noch lange begleiten. Es ist richtig und wichtig, die Häufigkeit der Kontakte der Menschen zu begrenzen, um so die Streugeschwindigkeit des Virus zu verlangsamen. Deswegen war und ist es auch nötig, alle Möglichkeiten des Zusammenkommens von größeren Menschengruppen zu unterbinden.

Daher sind auch die anfänglich – anfänglich – zögerlichen Schritte der Landesregierung kritisch zu bewerten. Als eines der letzten Bundesländer hat Brandenburg am 16. beziehungsweise in

manchen Teilen des Landes erst am 18. März die Schulen und Kitas geschlossen – mit mehreren Tagen Verzug im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und auch anderen Bundesländern. Selbst als die Zahlen bereits exponentiell stiegen, wurde für den Bereich der Tagespflegeeinrichtungen für Kleinkinder am 20. März nur eine Empfehlung – keine Weisung! – zur Schließung gegeben, was dazu führte, dass sie in einigen Landkreisen noch bis in die letzte Woche geöffnet waren. Dabei sind die dort betreuenden Mütter und Väter, die selbst Kinder und Kontakt zu fünf bis sechs weiteren Kindern sowie deren Eltern haben, besonders gefährdet. Sie haben auch keine großen medizinischen Einrichtungen im Rücken, die sie mit Masken oder Desinfektionsmitteln versorgen könnten.

So hat es in Deutschland vom ersten Infizierten bis zur Schließung aller Kitas und Schulen 51 Tage gedauert – in Italien 34, in Tschechien gar nur 10 Tage. Dabei war auch nicht hilfreich – sehen Sie es mir nach –, dass Teile der Brandenburger Landesregierung noch vor wenigen Tagen vor einem angeblichen „Überbietungswettbewerb“ warnten und anmahnten, man müsse erst einmal die angeschobenen Maßnahmen 10 bis 12 Tage beobachten und dann auswerten. Noch am 20. März erklärte die Gesundheitsministerin in einem RBB-Interview, dass man von Ausgangsbeschränkungen abrate, weil die Maßnahmen der vorangegangenen zwei bis drei Tage bereits Wirkung zeigen würden – eine massive Fehleinschätzung angesichts der zweiwöchigen Inkubationszeit und der seitdem wachsenden Zahlen. In allen maßgebli-

chen Fragen – ob Schulschließung, Gastronomieschließung oder Ausgangsbeschränkung, die nur nicht so heißen darf – zog Brandenburg jedes Mal erst mit mehreren Tagen Verzögerung nach.

Nun wissen wir, dass das alle vor eine Herausforderung stellt und eine Situation ist, die wir so nicht kennen. Aber regelmäßig wurde Bayern für etwas kritisiert, was man nur Tage später selbst umsetzte, während sich in der Zwischenzeit die Zahlen bei uns verdoppelten und verdreifachten. Noch am 25. März erklärte die stellvertretende Ministerpräsidentin im RBB, dass man die Beschränkungen überdenken müsse; schließlich könne man Brandenburg nicht mit Bayern vergleichen, weil dort eine ganz andere Betroffenheit gegeben sei. Meine Damen und Herren, es tut mir leid: Das war eine unverantwortliche Lagebeurteilung. Wir brauchen nicht deswegen mildere Maßnahmen, weil wir noch nicht so betroffen sind, sondern wir brauchen diese Maßnahmen, damit wir nicht so betroffen sein werden. Das, meine Damen und Herren, ist die Erkenntnis der letzten Tage. Es ist auch die Erkenntnis aus den anderen Ländern.

Es ist ein Trugschluss, zu meinen, man müsse Entwicklungen immer erst beobachten, um Maßnahmen abzuwägen, um deren Wirkung zu berechnen und erst dann zu reagieren. Vielmehr muss man statistische Entwicklungen ablesen, Anstiegswahrscheinlichkeiten vorhersehen und so präventiv agieren. Diejenigen, die zügiger handeln, preschen nicht vor oder haben anstehende Kommunalwahlen im Blick – wie ihnen auch vonseiten der Landesregierung in der hiesigen Ausschusssit-

zung unterstellt wurde –, sondern sie beugen vor und haben unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren! Wir stehen an der Seite jener, die Bürgerrechte wie Freizügigkeit und Versammlungsfreiheit schützen wollen – keine Frage. Aber sie müssen auch wissen, dass Gesundheitsschutz und Schutz von Leben genauso edle und verteidigungswerte Grundrechte sind. Daher ist für uns klar: Bei einer epidemischen Ausbreitung eines Virus ist nun einmal die Mobilität der Bevölkerung ein Katalysator; sie gilt es zu begrenzen. Es braucht daher zügige und weitgehende Maßnahmen, um nicht dieselben Entwicklungen wie in anderen Ländern zu erleiden. Deswegen haben wir als BVB / FREIE WÄHLER von Anfang an für stringente Ausgangsbeschränkungen plädiert und wiederholen das an dieser Stelle. Die am letzten Wochenende stark frequentierten Parkplätze und Radwege geben uns – es tut mir leid – Recht in der Forderung, die Maßnahmen nach bayerischem Vorbild zu verschärfen.

Zugleich braucht es stringente Homeoffice-Lösungen für Angestellte, um ihnen unnötige Arbeitswege zu ersparen. Da, wo der ÖPNV genutzt werden muss, fordern wir umfangreiche Desinfektionsmaßnahmen in allen Bussen und Bahnen – entgegen der abenteuerlichen Erklärung des Landrats des Barnim, die Busoberflächen eigneten sich nicht zur Reinigung.

Außerdem benötigen wir eine bessere Ausstattung der Hausärzte mit Schutzmitteln. Hier gilt es, von jedem Hilfsangebot Gebrauch zu machen und vorhandene

ne Kapazitäten produzierender Gewerbe zu nutzen.

Ein zentraler Lösungsschritt ist die zeitnahe Realisierung von Massentests: Nur durch das Hochfahren von Testkapazitäten gewinnen wir ein echtes Bild und können zielgerichtet gefährdete Personen isolieren. In den Supermärkten sind von Rechts wegen – nicht durch Appelle, sondern von Rechts wegen – Hamsterkäufe durch Regelungen zu unterbinden, die die Abgabe von Lebensmitteln auf haushaltsübliche Mengen begrenzen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen, dass sich unser Vorschlag, die Steuervorauszahlungen für Unternehmen auszusetzen, in Umsetzung befindet; denn dies ist eine Maßnahme, die noch eher als der Rettungsschirm sofort Wirkung entfaltet.

Wir als BVB / FREIE WÄHLER unterstützen auch die Erhöhung des Hilfsfonds auf 2 Milliarden Euro und werden das im Rahmen der anschließenden Haushaltsdebatte dokumentieren. Wir gehen davon aus, dass aus diesem Geld die Übernahme der Kitabeiträge auch für jene Eltern, deren Kinder eine Notbetreuung brauchen, als Würdigung der Ausübung ihrer systemrelevanten Tätigkeit erfolgt, dass daraus außerdem eine Unterstützung für die Tafeln gezahlt wird, um auch die stark Bedürftigen nicht zu vergessen, und dass natürlich auch sonst eine zügige Bereitstellung der zugesagten finanziellen Hilfen ermöglicht wird.

Vor allem aber müssen daraus die Kosten für die Ausstattung der Krankenhäuser mit Intensivbetten bestritten werden. Zugleich sollten – bitte – Einsatzmöglichkeiten für die derzeit beurlaubten

Lehrer geprüft werden. Beispielsweise sollte geprüft werden, ob sie vorübergehend in Krankenhäusern für bestimmte Aufgaben eingesetzt werden können.

Zur Aufrechterhaltung der Rechtspflege fordern wir die Nutzung des elektronischen Anwaltspostfachs auch für Videokonferenzen bei mündlichen Verhandlungen in Zivilprozessen, wo dies möglich ist. Und in den Kommunen darf es nicht zu einer Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Vertretungen kommen. In Pandemiezeiten muss es Dringlichkeitsbeschlüsse geben – keine Frage –, aber diese müssen sich thematisch auf das beschränken, was nötig ist, um die Krisenbewältigung sicherzustellen, damit Missbrauch verhindert wird.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat gute Maßnahmen zur Überwindung der Krise benannt. Die Opposition hat weitere Vorschläge unterbreitet. Es gilt nun, diesen Weg beherzt zu gehen. Wir alle wissen, es werden auf diesem Weg Hürden vor uns stehen. Doch möge dieser Weg immer von unserer Überzeugung, das Bestmögliche zu tun, und von unseren gemeinsamen Werten gezeichnet sein: indem wir die ehren, die im Dienst für das Gemeinwesen, in Hingabe für die Familien und mit Opferbereitschaft für unsere Mitmenschen tätig sind. Wenn wir Brandenburger uns von diesen Werten leiten lassen, können wir unsere Ziele auch erreichen und dieses Tal durchschreiten.

Die Bewältigung einer solchen Krise ist immer geprägt von Betrachtungen voller Demut, Menschen voller Hoffnung und dem Anpacken voller Entschlossenheit. Wir in Brandenburg müssen alles

dafür tun, dass Wirtschaft, Gesundheitswesen und alle staatlichen Einrichtungen in der Stärke zurückkommen, wie die Menschen sie brauchen. Es ist auch unsere Aufgabe als Opposition, dabei die Regierung im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

Solange Brandenburg wahrhaftig gegenüber seinen Idealen bleibt und treu an der Seite seiner Bürger steht – was hier geschieht –, wird uns das auch gelingen. Es ist unsere Aufgabe, zusammen den Menschen das Signal zu senden, dass wir bei ihnen sind, dass niemand vergessen wird und jeder Einzelne zählt. Dazu

wollen wir als BVB / FREIE WÄHLER unseren Beitrag leisten und dort helfen, wo wir können und wo wir gebraucht werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Der letzte Redebeitrag in unserer Aussprache wird jetzt folgen: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Petra Budke. Bitte schön.

Petra Budke

Vorsitzende der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe
Zuschauerinnen und Zuschauer! Mit dem
Ausbruch des Coronavirus und seiner
weltweiten Verbreitung hat uns eine Krise
erfasst, die wir alle uns vorher nie haben
vorstellen können.

Was für ein Widerspruch! Frühlings-
duft liegt in der Luft, die Sonne strahlt,
der Himmel ist blau, die Kirschbäume
blühen, die Natur weckt die Lebensgeis-
ter und lockt die Menschen ins Grüne –
aber nirgendwo ein tobendes Kind, nir-
gendwo ein verliebtes junges Paar, das
Freude am Leben ausstrahlt. Die Straßen
und Plätze sind leer. Und wir alle wissen
es: Das ist kein Albtraum, aus dem wir
gerne sofort erwachen würden, sondern
das ist die Realität bei uns in Branden-
burg im April 2020 und auch in vielen an-
deren Städten dieser Welt.

Viele Menschen haben in diesen
Tagen und Wochen Ängste: Angst um
ihre eigene Gesundheit und um die ihrer
Liebsten. Sie machen sich auch Sorgen
um ihre Zukunft: Was wird mit meinem
Arbeitsplatz, mit meiner Firma, mit mei-
nem Geschäft? Wie soll ich meine Miete
bezahlen? Werden die wirtschaftlichen
Hilfen wirklich greifen? – Und auch wir,



Petra Budke

lieber Sebastian Walter, machen uns da-
über große Sorgen.

Viele Menschen fragen sich auch,
woher dieses Virus kommt, das so hoch-
gefährlich und ansteckend ist, und wie
dieser Covid-19-Erreger zu tödlichen
Krankheitsverläufen führen kann. Vermut-
lich sprang das Virus beim Wildtierhandel
auf einem Markt in China, in Wuhan, von
Tieren auf Menschen über. Auch die
SARS-Epidemie 2002/2003 geht vermut-
lich auf ein Wildtier zurück. Die respekt-
lose Ausbeutung der Natur und der ille-
gale Handel mit Wildtieren tragen so
nicht nur zur Vernichtung der Artenvielfalt
bei, sondern gefährden letztlich auch uns
Menschen selber.

Der Generaldirektor des Naturkunde-
museums in Berlin, Johannes Vogel, sagt
dazu:

„Nicht nur Viren breiten sich aus.
Länder werden überflutet, Wälder
brennen, Gletscher schmelzen, Oze-
ane erwärmen sich und Insekten
sterben. Wir schauen zu wenig auf
die Tatsache, dass ein überhebliches

Mensch-Natur-Verhältnis viele unserer Probleme befeuert, meist sogar verursacht. Denn die großen Herausforderungen hängen zusammen: Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt und eben das Aufkommen ganz neuer Erreger, die uns Menschen immer wieder bedrohen.“

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss auch eine Lehre aus dieser Pandemie sein: dass wir wieder lernen, die Natur zu respektieren.

Es ist ein wichtiges und ein tolles Signal, dass die Gesellschaft zusammensteht und dass die Menschen zum Beispiel auf Balkonen und an Fenstern mit Musik und Applaus ihren Dank an die Heldinnen und Helden dieser Krise zum Ausdruck bringen: an die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, an die Ärztinnen und Ärzte, auch an die Kassiererinnen im Supermarkt, an die Leute bei der Feuerwehr und an viele, viele andere, die dazu beitragen, die Infrastruktur hier aufrechtzuerhalten.

Als Gesellschaft werden wir uns spätestens nach Corona fragen müssen, ob nicht manches in einem Missverhältnis steht, beispielsweise die Bezahlung in diesen Berufen und die Arbeit, die die in diesen Berufen Tätigen für uns leisten. Klar ist aber auch: Geld ist nicht das, was dieses Land zusammenhält. Es ist die Solidarität der Menschen, die füreinander einstehen.

Für die Wirtschaft und die Beschäftigten wurde viel in Gang gesetzt, sowohl vonseiten des Bundes als auch vom Land Brandenburg. Das Volumen des Rettungsschirms zur Krisenbewältigung

wollen wir heute auf 2 Milliarden Euro aufstocken.

Viele Arbeitgeber gehen mit gutem Beispiel voran und nutzen die Möglichkeit der Kurzarbeit. Es gibt aber auch Arbeitgeber, die mit fristlosen Kündigungen agieren oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck setzen. Und es ist empörend, wie schamlos manche Konzerne die Hilfen ausnutzen und zum Beispiel keine Miete mehr zahlen wollen, obwohl sie dazu in der Lage wären.

Unterstützung ist auch für die vielen Selbstständigen und Solo-Selbstständigen bitter nötig, deren Restaurants und Geschäfte nun geschlossen bleiben müssen, für viele Freiberuflerinnen und Freiberufler, denen die Aufträge wegbrechen, und für viele Kulturschaffende, die nicht auftreten oder ausstellen können. Nicht vergessen dürfen wir auch diejenigen, die ohnehin sehr wenig verdienen und jetzt von Kurzarbeit betroffen sind. Seit einer Woche können bei der Investitionsbank des Landes Anträge auf Förderung eingereicht werden, und die ersten Hilfen sind zum Glück schon ausgezahlt.

Krisen sind die Stunde der Regierung, nicht des Parlaments – so hören wir es immer wieder. Und wir sind natürlich sehr froh, dass unsere Landesregierung hier so einen guten Job macht, dass Ministerpräsident Dietmar Woidke, Innenminister Michael Stübgen und unsere bündnisgrüne Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher uns so besonnen durch diese Krise führen.

Aber diese Krise muss auch die Stunde des Parlaments sein; denn gerade wenn Entscheidungen in kürzester Frist und viele davon in Krisenstäben fal-

len müssen, sind die öffentliche Debatte und die Kontrolle durch das Parlament wichtiger denn je. Deshalb entscheiden wir heute auch über Regeln für einen krisenfesten Landtag. Wir Abgeordnete müssen darüber wachen, dass jede Einschränkung gesellschaftlicher Freiheiten aufgrund der Krise verhältnismäßig ist und nur so kurz wie irgend möglich währt.

Unser föderales System wird in dieser Krise an mancher Stelle als Schwäche wahrgenommen, und es sind Bereiche sichtbar geworden, in denen es etwas zu verbessern gibt. Aber es ist eben auch eine Stärke, wenn ganz unterschiedlich betroffene Gemeinden, Städte und Landkreise situativ Entscheidungen treffen können. Dabei muss aber auch klar sein: Ob bayerischer Ministerpräsident oder Landrat in Brandenburg, ein unabgestimmtes Vorpreschen hilft am Ende keinem, sondern führt nur zu Verunsicherung. Und das Schließen von Grenzen, ob nun zwischen europäischen Staaten, deutschen Bundesländern oder Brandenburger Landkreisen, schafft am Ende mehr Probleme, als es löst. Eine grenzübergreifende Krise müssen wir auch grenzübergreifend bekämpfen.

Wir haben heute in vielen Reden die Solidarität der Menschen untereinander beschworen; denn solidarisch zusammenzustehen, das ist gerade in der Krise das Gebot der Stunde. Ich möchte deshalb auch den Blick auf die Welt außerhalb Brandenburgs, Deutschlands und Europas lenken. Viele Länder, besonders arme Länder im Globalen Süden, sind längst nicht so gut wie wir in der Lage, sich gegen diese Krise zu wappnen. Wie

soll man einfache Hygieneregeln wie Abstandhalten und regelmäßiges gründliches Händewaschen befolgen, wenn man auf engstem Raum zusammenlebt und kein fließendes Wasser zur Verfügung hat?

Im Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos ist die Situation schon ohne Corona äußerst dramatisch. Da die medizinische Versorgung dort sehr, sehr schlecht ist, wären auch viele Kinder besonders von dem Virus betroffen, wenn die Epidemie dort ausbrechen sollte. Wir haben hier im Landtag über die Aufnahme von unbegleiteten Kindern aus den völlig überfüllten griechischen Camps gesprochen und unsere Aufnahmebereitschaft erklärt. Das muss jetzt unbedingt passieren, sonst droht eine humanitäre Katastrophe.

Die Entscheidung, in Kitas, in der Kindertagespflege und in Schulen nur noch eine Notbetreuung anzubieten, war unumgänglich. Doch viele Eltern, besonders Alleinerziehende, stellt das vor große Probleme. Nicht überall kann man so reibungslos Homeoffice-Lösungen ermöglichen wie hier im Landtag. Deshalb ist es so wichtig, dass es von Bund und Land jetzt Lohnersatzleistungen gibt, wenn Eltern unbezahlt Urlaub nehmen müssen, und dass Kita- und Hortbeiträge sowie das Essensgeld erstattet werden.

Kinder brauchen Bildung, Erziehung und Betreuung, und junge Menschen brauchen auch ihre Freiheit. Deshalb leiden sie unter den Einschränkungen des sozialen Lebens ganz besonders. Nicht alle Eltern können ihren Kindern Homeschooling anbieten, und wir dürfen die soziale Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem nicht noch weiter verschär-

fen. Jetzt macht sich schmerzhaft bemerkbar, dass die Schulen digital schlecht ausgestattet sind und auch nicht alle Schülerinnen und Schüler zu Hause über einen Computer und schnelles Internet verfügen.

Sorgen mache ich mir ganz besonders um die häusliche Situation vieler Familien. Die Eltern sind gefordert, neben ihren beruflichen Pflichten den Alltag, die Betreuung und die Versorgung der Kinder zu organisieren. Erschwerend kommt für viele die Unsicherheit ihrer beruflichen Zukunft hinzu. Es besteht die Gefahr, dass die häusliche Enge zu einem Anstieg von familiären Problemen führt: Alkohol- oder Medienmissbrauch, Vernachlässigung bis hin zu Gewalt und Missbrauch. Deshalb muss die Jugendhilfe besonders schutzbedürftige Kinder im Blick behalten und sie in die Notbetreuung aufnehmen.

Einige Landkreise melden bereits, dass die Plätze in den Frauenhäusern knapp werden. Es ist wichtig, dass Frauen und Kinder Zuflucht vor häuslicher Gewalt finden können. Deshalb regen wir an, leer stehende Hotels zu nutzen, wenn die Kapazitäten nicht ausreichen sollten.

Und wir müssen auch an die ältere Generation denken, die sich jetzt kaum noch auf die Straße traut. Deshalb werden wir auch für die soziale Infrastruktur sorgen und die gemeinnützigen Vereine und Verbände entsprechend unterstützen.

Wir erleben gerade, wie sich wichtige Teile unserer Gesellschaft ins Digitale verlagern. Wie viel einfacher wäre es, wenn zum Beispiel in den Schulen oder im Berufsleben die Digitalisierung schon

weiter wäre: wenn die Voraussetzungen für Heimarbeit überall vorhanden wären, wenn wir Lösungen für sichere Videokonferenzen in allen Bereichen hätten, wenn die Netzinfrastruktur per Glasfaser schon im ganzen Land ausgebaut wäre.

Wichtig ist, dass wir bei allem, was nun schnell digitalisiert wird, die IT-Sicherheit und den Datenschutz sicherstellen, damit dem biologischen Virus nicht eine digitale Virenflut folgt. Auch hier braucht es Engagement des Staates, und es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Wir wissen nicht, wie lange diese harten Einschränkungen des öffentlichen Lebens noch nötig sein werden. Aber je mehr sich alle an die Regeln halten, umso wahrscheinlicher ist ihre baldige Aufhebung. Es wäre unsinnig und grob fahrlässig, jetzt Versprechungen zu machen. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Virus nicht in wenigen Wochen besiegt ist und wir uns auf eine längere Phase mit Corona einstellen müssen; denn auch wenn die medizinische Forschung fieberhaft daran arbeitet: Es braucht noch Zeit, bis wir zuverlässige Schnelltests, wirksame Medikamente und vor allem einen Impfstoff haben.

Wir sind diesem Virus nicht hilflos ausgeliefert. Wir können durch unser Handeln seine Ausbreitung verlangsamen; wir können unser Gesundheitssystem ertüchtigen und Menschenleben retten. Wir können heute niemandem die Ängste nehmen, aber wir können unsere Mitmenschen unterstützen, wenn sie Hilfe brauchen. Das können wir heute hier im Landtag tun, und das tun die Brandenburgerinnen und Brandenburger

im ganzen Land. Dafür möchte ich ihnen danken!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Damit beende ich die Aussprache.

Hinweis: Aufgrund der wegen der Corona-Krise veränderten Bedingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Herstellung: ARNOLD group – Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0
Fax 0331 966-1210
post@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de
● twitter.com/Brandenburg_LT